Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 15 Sgr. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Zeile in Petitschrift 2 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 266. Mittag-Ausgabe. Vierundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. **Mittwoch, den 11. Juni 1873.**

Deutschland.

O. C. Reichstags-Verhandlungen.

49. Sitzung des Reichstages. (10. Juni)

12 Uhr. Am Tische des Bundesrathes Fürst Bismarck, Delbrück, Fäustle u. A.

Abg. Graf Baudissin sucht wegen eines Fußübels einen 15tägigen Urlaub nach. (Nein! Nein!) Abg. v. Hoverbeck: Der Abg. Graf Baudissin leidet an einem Fußübel, wie kann man da den Urlaub verweigern? Er muß doch zuweilen aufstehen, um abzustimmen. — Der Urlaub wird bewilligt, dagegen wird er den Abgg. Günther (D.-Crone), Kottmüller und Graf Landsberg, die ihn wegen unabweislicher Geschäfte nachsuchen, verweigert. Die Abgg. Graf Winzingerode und Grosmann (Köln) beschweren sich darüber, daß sie, obwohl sie an den Sitzungstagen der vorigen Woche, an denen die Beschlußunfähigkeit des Hauses konstatirt wurde, sämmtlich oder doch fast sämmtlich beigewohnt haben, durch Telegramme, welche an ihr Ehr- und Pflichtgefühl appelliren und die Unterschrift des Vice-Präsidenten v. Bennigsen tragen, nach Berlin citirt worden sind. Graf Winzingerode bittet die Liste derer, die ohne Entschuldigung gefehlt haben, vor ihrer Veröffentlichung, die ihm durchaus angemessen erscheint, vorher genau zu prüfen. Präsident Simson weiß von diesen Telegrammen nichts, ebensowenig sein College Herr v. Bennigsen, der mit seinem Namen nur an seine Freunde aus der nationalliberalen Fraction telegraphirt hat. (Die Schuld an der Abfassung und Absendung dieser und ähnlicher Telegramme trägt ein Bureau-Beamter, der einen nicht von Herrn v. B. ertheilten Auftrag mißverstanden hat.)

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Berathung des Gesetzentwurfs über die Geldmittel zur Erweiterung der Dienstlocalien des Auswärtigen Amtes. Er lautet:

§ 1. Zur Erweiterung der Diensträume des Auswärtigen Amtes werden dem Reichskanzler für den Ankauf des Grundstücks Wilhelmsstraße Nr. 2 303,000 Thaler zur Verfügung gestellt. Dieser Betrag ist durch Beiträge der Bundesstaaten nach Maßgabe ihrer Bevölkerung aufzubringen.

§ 2. Der Reichskanzler wird ermächtigt, die in dem Reichshaushalts-Etat für das Jahr 1873 unter Cap. 3 Tit. 1 der einmaligen und außerordentlichen Ausgaben zum Anbau zweier Seitenflügel im Dienstgebäude des Auswärtigen Amtes, Wilhelmsstraße 76 bewilligten 175,000 Thaler als erste Rate zum Neubau des Dienstgebäudes Wilhelmsstraße 61, so wie zur interimistischen Unterbringung der Bureaus zu verwenden.

Fürst Bismarck: Die frühere Bewilligung des Reichstags zu einem Neubau der Dienstlocalitäten, von denen einstweilen 175,000 Thaler fällig waren, bezog sich bekanntlich auf das von mir in der Wilhelmstraße bewohnte Haus Nr. 76, dessen Räumlichkeiten allerdings nach jeder Richtung als Wohnung, aber auch, was noch dringlicher ist, als Bureau-Localitäten im Erdgeschoß absolut unzulänglich für die Geschäfte und für die Gesundheit der Arbeitenden nachtheilig sind. Wenn von dieser Bewilligung nun schon ein Jahr lang kein Gebrauch gemacht ist, und ich veranlaßt war, Sie jetzt um eine analoge Bewilligung für das zweite Dienstgebäude des Auswärtigen Amtes an der Ecke der Wilhelmsstraße und des Wilhelmsplatzes zu ersuchen, so hat das hauptsächlich seinen Grund in der Schwierigkeit, so wie ich es beabsichtigte, den Bau in dem von mir bewohnten Hause zur Ausführung zu bringen, ohne selbst inzwischen eine interimistische Wohnung für mich und die Bureaus zu nehmen.

Ich hatte geglaubt, daß es möglich sei, einen Rückbau zwischen Hof und Garten herzustellen unter Abbruch erst des einen und demnächst des anderen Flügels und sich in der Zwischenzeit mit den übrig bleibenden Räumen zu begnügen; nachdem aber dieser Ausführung praktisch näher getreten worden, habe ich es doch für unmöglich halten müssen, mindestens zwei Jahre lang in der Mitte einer Maurerwerkstatt zu arbeiten und zu existiren. Ich hätte vielleicht die Uebel, die damit verbunden sind, überwunden, wenn ich gesünder und die menschliche Zukunft sicherer wäre. Wenn man sich aber den Gedanken klar macht, daß man vielleicht das Ende dieser zwei Jahre als Minister nicht erlebt und für lachende Erben zwei Jahre lang große Entbehrungen sich auferlegt (Heiterkeit), so ist das nicht angenehm. Sehr unbequem ist auch ein solcher Umzug, namentlich aber ein zweijähriger interimistischer Aufenthalt in solchen Räumlichkeiten, die etwa dazu zu haben wären. Nichtsdestoweniger wurde zu diesem Behufe, um diesen Umzug und die Unterkunft der Beamten während des Neubaues zu ermöglichen, das Haus Wilhelmstraße Nr. 70 A, nördlich von dem Palais der Prinzen Alexander und Georg gelegen, wie in der Vorlage angegeben, bereits gemiethet. Aus den vorher angeführten Rücksichten würde ich es aber dankbar anerkennen, wenn der Reichstag diese provisorische Unterkunft und die bisherige Geldbewilligung nunmehr auf die Bewohner des Hauses Wilhelmstraße Nr. 61 und auf den Ausbau dieses Hauses zunächst übertragen wollte. Es hat sich herausgestellt, daß die gesammten Büreaus auch dann, wenn sie nicht mehr erheblich anwachsen sollten, was doch wohl zu befürchten ist, namentlich dann, wenn für einen künftigen Staatssecretär eine Dienstwohnung ausgeworfen werden soll, in diesem Hause, das eine lange Front nach der Wilhelmstraße, aber in der Richtung von Nord nach Süd nur einen schmalen Durchschnitt hat, nicht vollständig Platz haben; es war daher erwünscht, daß sich Gelegenheit bot, das Haus, das am Wilhelmsplatze östlich vom auswärtigen Amte in der Ecke liegt, käuflich zu erwerben, allerdings für einen Preis, der der Höhe des Preises der heutigen Grundstücke in Berlin entspricht, und der sich natürlich noch höher herausstellen würde, wenn ein Umbau erforderlich wäre; es ist aber nach sachkundigem Urtheil in so gutem Zustande, daß es ohne Umbau benutzt werden kann, so daß nach dieser Richtung hin bei der Schwierigkeit, in dieser Gegend Grundstücke rechtzeitig zu bekommen, der Antrag wohl begründet sein kann, diesen Preis zu bewilligen.

Wenn das geschieht, so würde dann in Verbindung mit dem stehenbleibenden Hause an der Ecke der Wilhelmstraße und des Wilhelmplatzes ein neues, mit Erdgeschoß und zwei Stockwerken versehenes Gebäude entstehen, daß im Stande sein würde die gesammten Büreaus des Auswärtigen Amtes in sich aufzunehmen. Für die Zwischenzeit von zwei Jahren, in denen dieser Bau auszuführen wäre, würde sich ein Unterkommen für die zwei Abtheilungen, für die am Wilhelmsplatze bisher bestehenden Büreaus, welche bei Weitem die größere Hälfte, ich glaube wohl zwei Drittheile bis drei Viertheile des Personalbestandes der Büreaus repräsentiren, finden und zwar in diesem vorher, allerdings zu einem sehr hohen Preise gemietheten Hause Wilhelmstr. 70 A. so daß dann die mitgemiethete Etage des Decker'schen Hauses, welche zwischen dem Auswärtigen Amte und dem Reichskanzleramte belegen ist, ausreichen würde, um diejenigen Ueberschüsse, die sich in dem Hause 70 A. nicht unterbringen lassen, zu plaziren, zugleich aber auch die politischen Abtheilungen, die jetzt in kleinen und dunkeln Räumen des Erdgeschosses in dem von mir bewohnten Hause untergebracht sind, soweit zu erleichtern, daß nicht mehrere Räthe gleichzeitig in wichtigen Arbeiten und Besprechungen unmittelbar neben einander sitzen und arbeiten müssen. Ich glaube diese Uebersicht wird genügen, um die Ziele darzustellen, nach denen das Auswärtige Amt bei diesen Bauten strebt. Ich möchte nur die Bitte hinzufügen mich nicht nöthigen zu wollen, daß mir über dem Kopfe gerade gebaut wird; — wenn man wichtige Geschäfte hat, so ist das noch störender, wie im gewöhnlichen Privatleben — sondern, wenn eine Aenderung, eine Vergrößerung der vom Reichskanzleramte zu bewohnenden Räume stattfinden soll, so glaube ich, wäre es ein billiger Anspruch, daß die Räume fertig gestellt und dann bezogen werden können, ohne Interimistikum und ohne den Bau über dem Kopf der Bewohner.

Abg. v. Hoverbeck: Ich will mich der Bewilligung der hier geforderten Summen nicht widersetzen. Allerdings scheint mir, daß die bisherigen Räume nach der Vorlage fast verdoppelt werden, aber nach der gegebenen Nachweisung kann ich dagegen nichts einwenden. Ich muß aber auf die Art hinweisen, wie der Kauf des neuen Hauses, der allerdings bereits geschehen ist, motivirt worden. Man hat hier ein Reugeld von 10,000 Thlr. festgestellt, für den Fall, daß der Reichstag den Kauf nicht bewilligt. Ich möchte doch constatiren, daß dieser Modus, ein solches Reugeld festzustellen, nur gerechtfertigt ist, wenn der betreffende Minister, in diesem Falle der Reichskanzler, die feste Absicht hat, für den Fall der Verweigerung der Forderung seitens des Reichstages, das Reugeld aus seiner eigenen Tasche zu bezahlen. (Große Heiterkeit.)

Fürst Bismarck: Ich antworte darauf, daß ich mich unter Umständen dieser Consequenz nicht entziehen kann, aber wenn sie mit solcher Strenge festgehalten wird, dann ist es nothwendig für den Reichstag, darauf zu halten, daß stets nicht nur opferbereite, sondern auch persönlich wohlhabende Kanzler an der Spitze stehen (Heiterkeit), es ist sonst ja ganz unmöglich. Durch das Beispiel des Ankaufs des Marineministeriums hier am Leipziger Platze gewarnt, habe ich mich gehütet, einen definitiven Vertrag abzuschließen; wenn man aber gar nicht abschließt, dann geht die günstige Gelegenheit vorüber. Zu warten, bis der Reichstag gerade zusammenkommt, ist unter Umständen sehr mißlich. Diese Ungewißheit wird der Verkäufer sich mit einer hohen Prämie bezahlen lassen und wiederum, daß die Käufe gerade immer in der kurzen Zeit, wo der Reichstag gerade versammelt ist, sich darstellen, das ist auch nicht anzunehmen. Wir haben den Fall gehabt in Petersburg, wo es dringend wünschenswerth ist, ein eigenes Haus zu kaufen, wo ein nach allen Seiten hin befriedigender Kauf abgeschlossen war und fest abgeschlossen werden konnte, wenn wir es gewagt hätten, dem Reichstage vorzugreifen. Dadurch, daß dies nicht gewagt wurde, ist es gekommen, daß der Verkäufer oder die Verkäuferin ihre Zustimmung wieder zurückgezogen hat und der Ankauf nicht stattfinden konnte. Es ist ja sehr häufig der Fall, wie es z. B. mit dem damaligen Marineminister der Fall gewesen sein würde, daß ein solcher Minister durch einen solchen Kauf, den er durch einen Beschluß des Reichstages für seine Privatrechnung abschließen und behalten muß, ein außerordentlich günstiges Geschäft machen kann, und wer die Veränderungen des Werthes der Grundstücke am Leipziger Platze kennt, der wird zugeben, daß es im Privatinteresse des Betheiligten in diesem Falle vielleicht zu bedauern ist, daß die Genehmigung des Reichstages später erfolgt ist. (Heiterkeit.)

Auf eine solche Speculation aber kann ich mich nicht einlassen. Ich möchte doch bitten, daß der Reichstag, wenn er nicht von jedem nützlichen und zweckmäßigen Ankauf abschrecken will, und wenn er nicht das unter Umständen doch sehr theure System der Expropriation allgemein durchführen will, daß er in dieser Beziehung die Wahrnehmung der günstigen Gelegenheit nicht zu hart beurtheilt. Wenn der Vorredner gesagt hat, daß nach den getroffenen Einleitungen nahezu eine Verdoppelung der Räume gefordert wird, so halte ich das doch kaum der Ziffer nach für zutreffend; aber es ist immerhin dabei zu erwägen, daß für die Zukunft auch die Unterkunft der politischen Abtheilung des auswärtigen Ministeriums, die jetzt in dem Parterre des von mir bewohnten Hauses Unterkunft hat, wenigstens des größeren Theiles davon ebenfalls in dem Hause am Wilhelmsplatze mit den Bureaus der zweiten Abtheilung gemeinschaftlich stattfinden wird, einmal weil es ein Bedürfniß ist, beide Abtheilungen in ein Gebäude zusammenzubringen, sodann weil ich mir denke, daß in Zukunft der Reichskanzler für solche Bureau's, die er in seinem eigenen Hause hat, nicht nothwendig beschränkt werden muß auf Kräfte aus dem Auswärtigen Ministerium. Wenn unsere Verfassung sich in der bisherigen Richtung weiter ausbildet, so wird meines Erachtens für immer darauf Bedacht genommen werden müssen, daß der Reichskanzler in seiner Nähe weniger Bureaux, weniger Arbeitskräfte vom Auswärtigen Amte aber doch auch einen oder den anderen Rath oder Secretär finde, der mit den übrigen Zweigen Bescheid weiß, mit denen seine amtliche Wirksamkeit in Berührung steht, so daß mehr Mitglieder dieses Bureaus mit dem Reichskanzleramte in Verbindung stehen und nicht gerade ein Theil des Auswärtigen Amtes.

Die Vorlage wird hierauf in zweiter Berathung unverändert angenommen.

Es folgt die erste Berathung eines Gesetzentwurfs betreffend die Feststellung eines Nachtrages zum Haushalts-Etat des deutschen Reiches für 1873.

Präsident Delbrück: Von den 10,763,957 Thlrn., die in diesem Gesetze gefordert werden, entfällt mehr als die Hälfte, nämlich 5,711,547 Thlr auf die Wohnungszuschüsse für die Officiere und Aerzte des Reichsheeres, die in einem besonderen Gesetzentwurf der Beschlußfassung des Reichstages unterbreitet sind. Ein anderer Posten von 1,604 997 Thlr. für die Verbesserung der Lage der Unterofficiere ist bereits vom Reichstage bewilligt worden. Ein fernerer Posten von 1,250,000 Thlr. für die Kosten der Ausmünzung findet seine Rechtfertigung in dem bis auf einen einzigen Paragraphen schon berathenen Münzgesetze. Einige andere geringere Posten werden für Pensionen ehemaliger französischer Militärs und für die Gesandtschaften in Petersburg, Rom und Konstantinopel gefordert. Diesen letzten Ausgaben stehen aber entsprechende Einnahmen gegenüber. Die Frage, ob zur Deckung dieser Ausgaben eine Erhöhung der Matricularbeiträge nothwendig sein wird, glaube ich verneinen zu dürfen. Es steht zu hoffen, daß die Ergebnisse der Einnahmeverwaltung für 1873 dieselben oder noch bessere sein werden, als für 1872; für 1872 hat sich eine Mehreinnahme gegen den Etat von 7,312,073 Thlr. an gemeinsamen und 2,410,975 Thlr. an nicht allen Bundesstaaten gemeinsamen Einnahmen ergeben.

Diese Summe von 9,723,048 Thlr. in Verbindung mit der geforderten Mehreinnahme von 505,157 Thlr. deckt die geforderte Nachtragssumme bis auf 535,792 Thlr. Dieser Betrag wird aber durch die Mehreinnahmen des Jahres 1873 gedeckt werden können: Die Einnahmen der Monate Januar bis April 1873 haben an Zöllen und Verbrauchssteuern eine Einnahme von 27,711,000 Thlr. ergeben; an Steuercrediten standen aus Ende April 24,512,000 Thlr., zusammen 52,283,000 Thlr.; rechnet man davon ab die circa 22,000,000 Thlr. aus dem Vorjahr überkommenen Steuercredite, so bleiben also für Januar bis April 1873 30,234,000 Thlr. gegen 24,512,000 Thlr. des Vorjahres. Wenn nun auch eine vorübergehende Conjunctur, die Vorverzollung von Tabak, ihre Wirkung geltend gemacht hat, so scheint es doch unbegründet, daß die übrigen Monate des Jahres weniger einbringen sollten, als die entsprechenden des Vorjahres.

Von diesem Nachtragsetat werden die Etats der Marine, des Reichsheeres und des Invalidenfonds der Budgetcommission überwiesen, der Rest sofort in zweiter Berathung im Plenum behandelt.

Für das Reichskanzleramt werden an fortdauernden Ausgaben 1,020,020 Thlr. bewilligt. Unter den einmaligen Ausgaben befinden sich 385,000 Thlr. als zweite Rate der Kosten der Betheiligung des deutschen Reiches an der Wiener Weltausstellung.

Abg. Löwe bezeichnet es als sehr wünschenswerth, wenn den kleineren selbstständigen Arbeitern, den Kunsthandwerkern, die nicht mit ihren Produkten bei der Ausstellung sich betheiligen können, eine Gelegenheit zum Besuch der Ausstellung gegeben würde, wie dies von großen Industriellen für ihre Werkführer u. s. w. geschehe.

Präsident Delbrück: Die Frage ist in Erwägung gezogen; man hat aber nicht geglaubt, von Seiten des Reiches eine Bewilligung eintreten lassen zu können, weil derartige Einrichtungen von den Einzelstaaten ausgehen müßten. Die geforderte Summe beschränkt sich auf solche Kosten, die am besten von einer Centralstelle bestritten werden müssen. Dann haben sich auch nicht blos in Berlin, sondern auch in andern größeren Städten Vereine gebildet, die den Gewerbetreibenden durch freiwillige Beiträge einen Besuch der Ausstellung ermöglichen wollen. Das hat davon abgehalten, die Reichsfonds für diesen Zweck in Anspruch zu nehmen.

Darauf werden die einmaligen Ausgaben, unter denen sich noch 50,000 Thlr. für die Kosten der Expedition zur Beobachtung des Vorüberganges der Venus vor der Sonne im Jahre 1874 befinden, im Gesammtbetrage von 510,000 Thlr. bewilligt.

In dem Nachtragsetat des Auswärtigen Amtes sind für die Consulate in Havre und Marseille je 5000 Thlr. angesetzt. Hierzu bemerkt v. Hoverbeck. daß nach den Erläuterungen einstweilen die Einsetzung eines Wahlconsuls nicht praktisch und vielleicht auch nicht möglich gewesen sei. Um zu markiren, daß die Position nicht für alle Zeiten bewilligt ist, beantragt er deshalb diese Posten als künftig wegfallend zu bezeichnen. — Das Haus tritt diesem Antrage bei.

Unter den einmaligen Ausgaben befinden sich auch 250,000 Thlr. zum Ankauf eines Botschaftshotels in St. Petersburg.

Abg. v Hoverbeck: Bei dieser Forderung findet sich in den Erläuterungen die Bemerkung, daß, wenn die Summe nicht reichen sollte, man darauf rechne, daß der Reichstag ein Plus bewilligen werde. Das Plus wird dann in der Regel ein sehr bedenkliches und beträgt häufig 50 bis 100 Procent der ursprünglichen Forderung. Die 250,000 Thlr. als Capital genommen und zu 7 Procent verrechnet giebt einen Miethswerth von 17,000 Thlr. Der Botschafter erhält jetzt 8000 Thlr. Miethsentschädigung; es ist allerdings gesagt, daß er damit nicht mehr auskommt; aber ich glaube, wir kommen bei einer Mehrbewilligung an Miethsentschädigung besser weg, als bei dem projectirten Kauf.

Fürst Bismarck: Wenn überhaupt auf einen Kauf eingegangen werden soll, so hat sich in zwei Fällen die Summe von 250,000 Thlr., als ausreichend erwiesen; in beiden Fällen sind aber die Verhandlungen zurückgegangen, ehe ein Beschluß des Reichstages erzielt wurde, weil die Verkäufer nicht länger warten wollten. Die Forderung dem Reichstage gegenüber so zu prämliminiren, daß weil sich vielleicht ein vortheilhafter Kauf zu einem höheren Preise machen läßt, deshalb gleich eine höhere Summe gefordert wird, hat seine Bedenken. Der Etat ist ein öffentliches Actenstück; wenn darin steht, daß die Reichsregierung etwa 400,000 Thlr. zur Verfügung hat, um ein Haus zu kaufen, wird kaum ein Hauseigenthümer weniger fordern und die ganze Summe zu bekommen suchen. Solche Ankäufe, bei denen man einen Theil wieder veräußern kann, lassen sich in Petersburg häufig machen, weil es viele große Grundstücke giebt, die durch ein ganzes Häuserviereck gehen und eine Front nach zwei Straßen haben. Die Frage, ob überhaupt ein eigenes Haus erworben werden soll, ist von allen Regierungen nach den gemachten Erfahrungen bejaht worden. Fast alle größeren Mächte haben in den größeren Hauptstädten eigene Gesandtschaftshotels, um die Schwierigkeit des Umzuges mit Acten und das unabläßige Steigen der Miethe zu vermeiden. Als ich in Petersburg Gesandter war, habe ich noch für 8000 Thlr. Miethe und 1000 Thlr. hinzutretende Kosten gewohnt. Der jetzige Botschafter hat sich dazu entschließen müssen, für kleinere Räumlichkeiten als ich sie inne hatte, 16—17,000 Thlr. Miethe ohne die additionellen Kosten zu geben.

Das Erwerben von Grund und Boden empfiehlt sich. Abgesehen davon, daß, wenn das deutsche Reich auf die Würde und Repräsentation einen Werth legt, ein der Kündigung ausgesetzter Miether eine weniger würdige Stellung hat, als ein in einem dem Reiche gehörigen Hause angesessener, so sind auch dauernde Einrichtungen nicht möglich, wenn man nicht weiß, wie lange man das Haus bewohnt. Sie sehen, daß Frankreich und Rußland hier in Berlin ihre eigenen Häuser haben, die englische sowohl wie die österreichische Botschaft sind in recht schwierige finanzielle Verhältnisse gerathen, vor Allem sind sie in der Unsicherheit, ob ihnen das Obdach nicht gekündigt wird. Beide Mächte würden gern jede Gelegenheit ergreifen, um ohne Uebertheuerung ein eigenes Grundstück zu erwerben.

Abg. v. Kardorff will die Miethskosten eines Hauses zu 4 Procent berechnen, was nur eine Ausgabe von 10,000 Thlr. ergiebt, während der Botschafter jetzt 17,000 Thlr. Miethe zahlt. Dagegen bemerkt v. Hoverbeck, daß man die Kosten für Miethe und Erhaltung eines Hauses durchschnittlich auf 7 Procent berechnen müsse. Wenn überdies der Herr Reichskanzler gemeint, daß es bedenklich sei, eine höhere Summe zu fordern, weil der Etat ein öffentliches Aktenstück sei, so scheint es doch gleichgültig, ob sofort eine höhere Forderung gestellt oder der Reichstag durch jene Bemerkung für ein Plus moralisch engagirt wird.

Fürst Bismarck: Die Reichsverwaltung hat sich bisher keines Falls als verschwenderisch, sondern immer als sparsame Haushälterin erwiesen; sie wird auch von der hier gegebenen Erlaubniß nur in dem Maße Gebrauch machen, als ob es sich um eigene persönliche Interessen handelte.

Hierauf wird die Position genehmigt. Bei Titel 8 (erste Rate zum Bau eines deutschen Krankenhauses in Konstantinopel) erinnert v. Bunsen an die in Konstantinopel befindliche deutsche Colonie, die wohl eine Unterstützung für die von ihr gegründete Schule verdiene, zumal der Reichskanzler aus ihr eine Pflanzschule für Dolmetscher zu machen hofft. Der Einwand, daß dann ein Kirchthurmrennen anderer Colonien eintreten würde, ist wohl nicht durchschlagend. Wenn ähnliche Verhältnisse wie in Konstantinopel eintreten, werden ähnliche Bewilligungen gemacht werden müssen.

Commissar v. Bülow: Das Auswärtige Amt ist davon überzeugt, daß die deutschen Schulen im Auslande zu subventioniren seien. Ob die Schule in Konstantinopel eine einmalige oder fortlaufende Unterstützung erhalten soll, ist noch eine offene Frage. Die Reichsregierung ist aber Willens, das Erforderliche zu thun. — Hierauf wird die Position genehmigt.

Zum Nachtragsetat für den Rechnungshof (300 Thlr. Gehaltserhöhung für den Director) beantragt Abg. Richter folgende Resolution: Der Reichstag wolle den Reichskanzler auffordern, 1) im Einvernehmen mit der preußischen Staatsregierung die Kassenetats des Rechnungshofes und der Ober-Rechnungskammer, entsprechend den besonderen Haushaltsetats, zu trennen; 2) die Besoldungen der einzelnen Räthe des Rechnungshofes specialisirt in den Etat aufzunehmen.

Abg. Richter führt aus, daß bei einer Verschmelzung der beiden Kassenetats das Reich zum Vortheil Preußens Schaden erleide insofern, als die preußischen Beamten die in der Anciennetät älteren, also besser besoldeten seien.

Geh. Rath Michaelis hält eine Trennung der Kassenetats erst dann für möglich, wenn das Rechnungshofgesetz zu Stande gekommen sei; bis jetzt handle es sich nach dem Wortlaut des Gesetzes nur um eine Behörde.

Der Nachtragsetat wird der Budgetcommission überwiesen, die übrigen Nachtragsetats für 1873, ebenso die gestern mit Rücksicht auf dieselben von der Tagesordnung abgesetzten Positionen des Etats für 1874 werden ohne Debatte genehmigt.

Es folgt der Etat der Einnahmen aus Zöllen und Verbrauchssteuern. Zu demselben beantragen 1) v. Behr (Greifswald) die Aufhebung des Eingangszolls auf Eisen und Stahl. 2) Stumm und v. Kardorff unter Ablehnung des Behr'schen Antrags, den Reichskanzler aufzufordern, dem nächsten Reichstage über eine umfassende, insbesondere auf eine weitere Ermäßigung der Eisenzölle gerichtete Reform des Zolltarifs Vorlage zu machen.

Abg. v. Behr (Greifswald) hält es nach den ausführlichen Erörterungen in der Generaldebatte über den Etat nicht mehr für nöthig, principiell für die Aufhebung des Eisenzolls zu plaidiren. Wenn ihm eingewendet worden sei, aus Courtoisie gegen die deutschen Brüder im Reichslande, für welche die Frage von höchstem Interesse sei, solle er mit seinem Antrage warten, bis dieselben im Reichstage vertreten seien, so erwidere er, daß das jetzt schon der Fall sei; es lägen eine Masse von Petitionen aus dem Elsaß vor, die gewiß alle gebührende Berathung finden würden. Die Besorgniß, daß die deutsche Eisenindustrie die Aufhebung des Eisenzolles nicht vertragen könne, sei völlig unbegründet, es seien im letzten Jahre 3 Millionen Centner Roheisen und 600,090 Centner Stabeisen exportirt und überhaupt sechsmal mehr Schienen exportirt, als importirt.

Abg. Lasker (zur Geschäftsordnung) beantragt mit Rücksicht auf die bisher unwiderrufenen Zeitungsnachrichten, daß eine Vorlage über diese Materie uns noch vom Bundesrath bevorstehe und mit Rücksicht auf die bedrängte Zeit des Hauses Absetzung der beiden Anträge von der Tagesordnung.

Präsident Delbrück: Der betreffende Bundesrathsausschuß beräth allerdings eine Vorlage, welche zum Theil dieselben Gegenstände berührt, wie der Antrag v. Behr; dieselbe wird in kurzer Zeit dem Plenum des Bundesraths zugehen und dann voraussichtlich auch sehr bald an den Reichstag gelangen.

Abg. Braun (Gera) kann dem Antrag Lasker erst zustimmen, wenn vom Bundesrathstisch die bestimmte Versicherung gegeben wird, daß die Regierungsvorlage in so kurzer Zeit an den Reichstag gelangt, daß derselbe sie noch bis Ende des Monats durchberathen kann. Sonst würde man wieder die finanzielle Reform auf die lange Bank schieben. Länger als bis zum 1. Juli könne der Reichstag unmöglich tagen, wenngleich er andererseits hoffe, daß die Festsetzung dieses dies fixus für alle fehlenden Mitglieder eine Mahnung sein wird, sich bis dahin hier einzufinden.

Die Abgg. Stumm und v. Kardorff bitten im Interesse der Billigkeit den Antrag Lasker nicht anzunehmen, damit auch Gegner des Behr'schen Antrags zu Worte kämen.

Der Antrag Lasker wird darauf abgelehnt und die Debatte über den Antrag v. Behr wird fortgesetzt.

Abg. Stumm beschuldigt den Abg. v. Behr und seine Freunde, in ihrer Steuerpolitik den reinen Dilettantismus zu treiben und dadurch die verderblichsten Rückwirkungen auf die Lage der Industrie zu üben. Die Lage der Eisenindustrie sei allerdings vor zwei Monaten günstig gewesen; da seien aber die Herren mit ihrem Antrage auf Aufhebung der Eisenzölle gekom-

men, der auf die Logik hinausläuft: Die Industrie ist lebensfähig, also können wir ihr den Kopf abhauen! In Folge dieser Agitation sei eine große Baisse eingetreten und der Moment zur Aufhebung des Zolls so ungünstig wie nur denkbar. Wenn wenigstens die Hauptcontinentalstaaten die gleiche Maßregel vornehmen, so würde die deutsche Industrie, wenngleich im Nachtheil gegen die französische und englische, namentlich in Bezug auf das Transportwesen, sich behaupten können, aber vereinzelt von denselben betroffen, müssen sie ihr unterliegen (Redner spricht über eine Stunde unter der Unruhe und wiederholten Heiterkeit des Hauses). Er schließt mit der Bitte, den Antrag Behr's abzulehnen. Jedenfalls könne er die Verantwortung nicht mit auf sich nehmen, wenn das Haus ihn dennoch acceptire. (Heiterkeit.) Er verstehe nicht, wie man lachen könne über die schwerste Wissensfrage, welche je der Entscheidung des Reichstages unterbreitet gewesen sei. (Wiederholte Heiterkeit.) Auf Antrag der Abgg. Lasker und v. Bernuth wird nunmehr der Antrag v. Behr von der Tagesordnung abgesetzt.

Die weitere Berathung des Etats der Einnahmen aus den Zöllen und Verbrauchssteuern wird hiebei durch Vertagung unterbrochen. Der Abg. Gumbrecht lenkt die Aufmerksamkeit der Reichsregierung auf den noch immer in Hamburg fortbestehenden Eingangszoll von $\frac{1}{3}$ Procent von allen eingehenden Waaren, mit dessen Beseitigung die Regierung der freien Stadt noch immer im Rückstande ist.

Die heutige Tages-Ordnung wird morgen Mittwoch 12 Uhr fortgesetzt und der Freitag für Anträge aus dem Hause bestimmt, u. A. auch für den von Windthorst vorbereiteten Gesetzentwurf, der die Presse von allen pekuniären Lasten befreit, die ihr nicht das allgemeine Gewerbegesetz auferlegt. Präsident Simson will auch das Militär-Organisationsgesetz morgen zur ersten Berathung stellen, damit der Bundesrath und das Haus Klarheit darüber gewinnen, ob das Gesetz noch in dieser Session zu Stande zu bringen sei. Die Abgg. v. Bennigsen, Windthorst (Meppen) und Lasker erklären dies geradezu für ein Ding der Unmöglichkeit mit Rücksicht auf die Schwierigkeit der Materie, die eine vielwöchentliche commissarische Vorprüfung erfordert, die Last der noch restirenden Arbeiten und die Ermüdung für alle, namentlich für die preußischen Abgeordneten, die seit fast 6 Monaten arbeiten. Zugleich wird von v. Bennigsen daran erinnert, daß eine für das Zustandekommen des Gesetzes sehr nachtheilige Verspätung Seitens des Bundesrathes verschuldet worden sei. Abgeordneter v. Helldorff entgegnet, daß die Vorlage seit 26 Tagen in den Händen der Mitglieder sei und daß seine conservativen Freunde für die erste Berathung derselben am Mittwoch stimmen werden.

Abg. Friedenthal wünscht wie der Vorredner, daß das Gesetz zu Stande komme und zwar durch diesen Reichstag zu Stande gebracht werde, glaubt aber eben um dieses Interesses willen von der ersten Berathung nach dem Vorschlage des Präsidenten absehen zu müssen, indem er dabei unter mehrfachem Widerspruch eine Herbstsession in Aussicht nimmt. Das Resultat ist, daß das Militärgesetz von der nächsten Tages-Ordnung mit allen Stimmen gegen die der äußersten Rechten abgesetzt ist und damit aus dem Arbeitspensum der jetzt in den Sommer auslaufenden Session definitiv ausscheidet. — Auf eine Anfrage Bambergers erklärt Präsident Delbrück, daß das Papiergeldgesetz, von dem das Zustandekommen des Münzgesetzes abhängt, wohl übermorgen an das Plenum des Bundesrathes gelangen wird. — Schließlich wird auch der Antrag Schulze betr. die Einberufungszeit für den Reichstag auf die nächste Tages-Ordnung gesetzt.

Schluß 5 Uhr.

Berlin, 10. Juni. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat die Erlaubniß zur Anlegung des Kaiserlich russischen St. Annen-Ordens zweiter Klasse mit Schwertern dem Wirklichen Geheimen Kriegsrath a. D. Barrezti zu Breslau ertheilt.

Se. Majestät der König hat den ersten Seminarlehrer Bünger in Eisleben zum Seminar-Director ernannt.

Dem Seminar-Director Bünger ist die Directorstelle am evangelischen Schullehrer-Seminar zu Franzburg verliehen worden. Der Rector Dr. Jütting in Einbeck ist zum ersten Lehrer am evangelischen Schullehrer-Seminar zu Eisleben ernannt worden. Der Gerichts-Assessor a. D. Paul Cruse ist in Folge seiner definitiven Uebernahme zur Staats-Eisenbahn-Verwaltung zum Regierungs-Assessor ernannt worden.

Dem Eisenbahn-Comitee der Kreise Gladbach, Aachen, Heinsberg, Geilenkirchen und Jülich ist die Genehmigung zur Anfertigung der generellen Vorarbeiten für eine Eisenbahn von Aachen über Herzogenrath, Geilenkirchen, Heinsberg, Wassenberg, Ober- und Nieder-Krüchten, Waldniel und Hardt nach München-Gladbach ertheilt worden.

Dem Herrn L. Pinesohn zu Berlin ist unter dem 5. Juni 1873 ein Patent auf einen Leistenhalter für Schuhfabrikation auf drei Jahre ertheilt worden.

Berlin, 10. Juni. [Se. Majestät der Kaiser und König] haben auch heute mit den Hof-Marschällen conferirt und einige militärische Meldungen entgegengenommen.

[Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] besichtigte in diesen Tagen das Kaiserin Augusta-Erziehungsstift in Charlottenburg und das Augusta-Hospital. — Ihre Majestät ertheilte dem neuernannten königl. sächsischen Gesandten die nachgesuchte Antritts-Audienz, und wohnte am vorigen Sonntag dem Gottesdienste in der Kapelle des Augusta-Hospitals bei.

[Se. kaiserliche und königliche Hoheit der Kronprinz] kam gestern Früh von Potsdam nach Berlin, wohnte Vormittags der Besichtigung der Garde-Feld-Artillerie auf dem Exercirplatz an der Tempelhofer Chaussee bei, traf nach Beendigung derselben hier ein, verweilte längere Zeit im königlichen Palais und kehrte darauf mit dem 12 Uhr-Zuge nach dem Neuen Palais bei Potsdam zurück. (Reichsanz.)

[Se. Majestät der Kaiser und König] haben mittelst allerhöchster Cabinets-Ordre vom 7. d. M. befohlen, daß die Offiziere der Armee für den am 6. d. M. in Gott entschlafenen Prinzen Adalbert von Preußen königliche Hoheit 8 Tage Trauer durch Tragen des Flors am linken Unterarm anlegen sollen. Bei dem 1. Thüringischen Infanterie-Regiment Nr. 31 und bei dem Garde-Feld-Artillerie-Regiment, Corps-Artillerie, soll diese Trauer 14 Tage dauern. Die Trauer beginnt mit dem heutigen Tage. (Reichsanz.)

D.R.C. [Ueber das Befinden des Kaisers] waren gestern Abend Nachrichten verbreitet, welche der Meinung Raum ließen, daß Se. Majestät wiederum in einen Rückfall des früheren Unwohlseins verfallen sei. An unterrichteter Stelle hierüber von uns eingezogene Erkundigungen setzen uns in den Stand, die beruhigendsten Mittheilungen zu machen. Jene Gerüchte waren übertrieben und befindet sich der Kaiser, der durch gestrige mehrstündige Arbeit am Abend etwas ermüdet und geistig abgespannt war, heut wieder ganz wohl, so daß nichts zu befürchten ist.

D.R.C. [Das Nothpreßgesetz] welches von einigen Zeitungen angekündigt worden war, ist jetzt durch den Abg. Dr. Windthorst (Meppen) und unterstützt von 30 Mitgliedern des Centrums beim Reichstage eingebracht worden. Dasselbe lautet: „Gesetz-Entwurf, betreffend die Aufhebung der Zeitungs-Cautionen und der auf Preßerzeugnissen lastenden Staats-Abgaben. Wir Wilhelm 2c. verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths und Reichstags, was folgt: §. 1. Die Verpflichtung zur Bestellung von Zeitungs-Cautionen, der Zeitungs- und Kalenderstempel, die Abgabe von Inseraten, sowie jede andere neben der allgemeinen Gewerbesteuer noch bestehende Belastung oder Besteuerung einzelner Preßerzeugnisse werden hiermit aufgehoben. — §. 2. Dieses Gesetz tritt mit dem 1. August d. J. in Kraft." — Der Entwurf ist der Ersparniß wegen den einzelnen Fractionen zur Unterzeichnung nicht vorgelegt, sondern sofort dem Präsidium überreicht worden. Der Druck und die Vertheilung dieses Gesetzes sollen so beschleunigt werden, daß die erste und zweite Berathung desselben bereits am Freitag stattfinden kann.

Wiesbaden, 8. Juni. [Die Ankunft des Schah's von Persien] erfolgte heut Abend 6½ Uhr. Am Staatsbahnhof war eine Ehrenwache mit der Militärmusik aufgestellt; empfangen wurde der Schah vom Regierungspräsidenten, Herrn v. Wurmb, sowie den Spitzen der hiesigen Behörden, sämmtlich in großer Uniform; auch der eben hier weilende Commandeur des XI. Armeecorps, General v. Bose aus Kassel, war anwesend. — Der Schah fuhr in einem offenen königlichen Wagen mit dem General v. Boyen, Gouverneur zu Mainz, welcher den hohen Gast — Namens des Königs — von Essen, wo er das Krupp'sche Etablissement besichtigte, hierher begleitet hat. Das zahlreiche Gefolge wurde in Privatwagen zum königlichen Schlosse gebracht. Fast die ganze Bevölkerung unserer Stadt, wie auch die vielen Neugierige aus den Nachbarorten waren in den Straßen, welche der Zug passirte, aufgestellt, um die seltenen Gäste zu schauen. Sobald der Schah im Schlosse angekommen war, zeigte er sich eine Zeit lang am offenen Fenster. Später fand Zapfenstreich, bengalische Beleuchtung der evangelischen Kirche, während welcher die große Fontaine vor der Kirche sprang, und eine Serenade statt. — In Folge einer Aufforderung des Bürgermeisters waren sämmtliche öffentliche Gebäude, sowie die Privathäuser beflaggt. — Große Neugierde erregten die prächtigen Pferde des Schah's (25) darunter ein Atlasschimmel mit gefärbter apfelgrüner und ein Fuchs mit carmoisinrother Mähne und Schweif; — die Pferde, sowie die überaus bedeutende Bagage wurde auf dem kürzesten Wege von der Bahn nach dem Schlosse gebracht. Das Publikum war sehr kühl beim Einzug; einige hübsche Dienstmädchen waren etwas sehr neugierig und bekamen dafür von einem Mitglied des Gefolges (im 2. Wagen nach demjenigen des Schah's) die — Zunge, so lang wie sie war, herausgestreckt!! (Fr. Pr.)

Mannheim, 7. Juni. [Die Anwesenheit Hecker's] ist für uns ein erfreuliches Ereigniß, geeignet, der zwischen der gemäßigt liberalen und der demokratischen Partei bestehenden Spannung zwar nicht ein Ende zu machen, aber ihr doch in den Augen aller Verständigen den Schein der Berechtigung zu nehmen. Der gefeierte Kämpfer für Freiheit und Recht des Volkes betritt den alten Kampfplatz, auf welchem er vor 34 Jahren unterlegen, mit dem Blick eines geschichtskundigen Mannes, der an den Entwickelungsgang des Geschickes seiner großen deutschen Heimath den vergleichenden Maßstab legt. Hätten wir im Jahre 1848 nur die Hälfte von dem erreicht, was wir heute besitzen, wir würden unser Geschick als ein über alle Erwartung glückliches gepriesen und uns nicht um Nebendinge und Unvollkommenheiten gestritten haben, die zu beseitigen in unserer Macht steht. Wir werden wohl in den nächsten Tagen Gelegenheit haben, öffentlich zu hören, daß dies Hecker's eigene aufrichtige Meinung, daß unser Gast weit entfernt ist, Denen, welche sich einer vorurtheilsfreien Auffassung der weltgeschichtlichen Neugestaltung Deutschlands dauernd verschließen, Stoff zur Beschönigung ihrer Nergeleien zu geben; daß sein Erscheinen in Deutschland vielmehr die volle, rückhaltlose Hingabe an den großen Gedanken bedeutet, der als vollzogene Thatsache des einheitlichen nationalen Daseins zu Fleisch und Blut geworden ist. Von welcher Seite diese Verwirklichung unserer höchsten Wünsche ausgegangen ist oder hätte ausgehen sollen, darüber zu streiten hält Hecker für höchst unpolitisch; ihm ist das Wichtigste, daß das deutsche Volk sich seiner großen Errungenschaften vollständig bewußt werde und auf der glücklich betretenen Bahn in der Consolidirung seiner freiheitlichen nationalen Institutionen, in Erfüllung der höheren Culturaufgaben, zu deren Lösung die germanischen Völker befähigt und berufen sind, Fortschritte mache, nicht auf dem Wege der Gewaltsamkeit und des Umsturzes, sondern auf dem der besonnenen Reform. Daß die socialistische Demokratie, welche die bürgerliche Gesellschaft zur Concurs-Erklärung zwingen möchte, an Hecker keine Stütze findet, versteht sich von selbst. Hecker ist, als Mann hoher Bildung, als sittlich reiner Charakter, als Republikaner im wahren, besten Sinne des Wortes, als echter Freund des Volkes, kein Anhänger socialistischer Doctrinen. (Fr. J.)

Darmstadt, 10. Juni. [Die Prinzessin Carl,] sowie die Prinzen Ludwig, Heinrich und Wilhelm von Hessen werden sich morgen nach Berlin begeben, um der Beisetzung der Leiche des Prinzen Adalbert beizuwohnen.

München, 6. Juni. [Der König] wird, wie der „Korr. v. u. f. D." mittheilt, auch der diesjährigen Frohnleichnams-Prozession nicht beiwohnen, und es unterbleibt in Folge dessen auch die officielle Betheiligung der Staats- und Universitäts-Beamten, sowie die Spalierbildung durch das Militär.

Stuttgart, 10. Juni. [Parade.] Heute fand in Cannstadt eine Parade unter dem Commando des Generals v. Stülpnagel vor dem Kaiser von Rußland statt. — Gestern ist die Prinzessin Wilhelm von Baden hier eingetroffen.

Straßburg, 7. Juni. [Die Befestigungsarbeiten. — Die Wahlen. — Die Weinernte.] Ueber den Fortgang der Befestigungsarbeiten unserer Stadt kann ich melden, daß die zuerst in Angriff genommenen 3 Forts Wolfisheim, Ober- und Mittelhausbergen, Mundolsheim und Reichstett ihrer Vollendung rasch entgegengehen. Die äußern Wälle derselben sind bereits fertig gebaut, so daß sie jeder Zeit armirt werden können. Mit dem Bau der beiden Wasserforts Illkirch und Wanzenau ist seit einiger Zeit auch allen Ernstes begonnen worden. Von den rechtsrheinischen Forts weiß ich, daß das Terrain für dieselben endgiltig vermessen und abgesteckt ist. Man hat bereits mit dem Bau der Materialbahn vor Fort Auenheim nach Neumühl begonnen, an der aber die eigentlichen Fortsarbeiten noch im Laufe des Sommers in Angriff nehmen wird, ist wieder zweifelhaft geworden, da zwischen der Fortificationsbehörde und den Besitzern des Fortsgeländes immer noch Unterhandlungen über die Höhe der Entschädigungssumme der enteigneten Güter stattfinden, welche Unterhandlungen sich hauptsächlich durch die maßlosen Forderungen der Auenheimer Bauern in die Länge ziehen. — Durch die Anberaumung der Wahlen für die Kreis- und Bezirksvertretungen Elsaß-Lothringens auf den 21. und 22. d. M. hat die Regierung den ersten Schritt gethan, die Entwicklung der innern Angelegenheiten des Landes wieder in die seit fast 3 Jahren unbetreten gebliebenen naturgemäßen Bahnen zu leiten. An die Stelle der conseils généraux und der conseils d'arrondissements werden Kreistage und Bezirkstage treten, in welchen die aus den freien Wahlen hervorgehenden Körperschaften bei der Pflege und Entwicklung der Landesinteressen mitzuwirken haben. Da diese Körperschaften nur als Verwaltungsorgane aufzufassen sind, die auf die Politik des Landes durchaus keinen Einfluß auszuüben haben, so liegt es im Interesse der Bevölkerung, sich der Meinung zu entschlagen, als seien die bevorstehenden Wahlen ein politischer Act, bestimmt, die nationalen Gegensätze aufrecht zu erhalten oder gar zu verschärfen. Im Fall die Meinung in den Wahlen Ausdruck fände, läge die Gefahr einer Verzögerung der gegenwärtigen Verwaltungsreform sehr nahe. — Die Reben, welche im vorigen Monat durch die Fröste so hart mitgenommen wurden, erholen sich nach der übereinstimmenden Aussage aller Weinbauern in wahrhaft überraschender Weise wieder. Trotzdem vernimmt man aber nichts von einer Verminderung der unmittelbar nach den Frösten um 20, sogar 30 Procent in die Höhe gegangenen Weinpreise. (Nat.-Z.)

Oesterreich.

Pest, 10. Juni. [Die ungarisch-kroatische Regnikolar-Deputation] hat sich gestern über die obwaltenden Differenzpunkte geeinigt; nur in Bezug auf vier unbedeutendere Punkte ist noch keine Uebereinstimmung erreicht. Die wesentlichsten Bestimmungen der getroffenen Vereinbarung sind, daß der Banus von Croatien unter Gegenzeichnung des ungarischen Ministerpräsidenten ernannt werden, 45 pCt. der Landes Einnahmen Croatien verbleiben und die Consessionirung der croatischen Eisenbahnen dem ungarischen Reichstage vorbehalten werden soll. — Die ungarischen Mitglieder der Deputation beauftragten ein Subcomite von 4 Abgeordneten mit Formulirung der Antwort auf das croatische Elaborat.

Großbritannien.

A. A. C. **London**, 7. Juni. [In der gestrigen Nachtsitzung des Unterhauses] erkundigte sich Oberst Annesley beim ersten Lord der Admiralität, ob beschlossen worden sei, anläßlich des Besuches des Schahs von Persien in England eine Flottenrevue in Spithead zu halten. Goeschen erwiderte, der Schah werde in Dover von einem beträchtlichen Panzergeschwader empfangen werden, und wenn er Portsmouth besucht, Gelegenheit haben, eine große Anzahl Kriegsschiffe in Spithead zu besichtigen, aber eine Flottenrevue im striktesten Sinne des Wortes werde nicht stattfinden.

In Erwiderung einer Anfrage Cochrane's bezüglich des indischen Eisenbahnprojects des Herrn de Lesseps bemerkte der Unterstaatssecretär des Auswärtigen, Lord Enfield, daß die Regierung davon unterrichtet worden sei, die Ansichten der russischen Regierung über das Project aber nicht kenne. Capitän Reginald Talbot (Stafford) lenkte die Aufmerksamkeit auf die Unzulänglichkeit und Unelasticität der engl. Cavallerie und auf das gegenwärtige System des Pferdeankaufs. Nach einigen einleitenden Bemerkungen, darauf berechnet, die Ansicht, daß Cavallerie von verhältnißmäßig geringem Nutzen in künftigen Kriegen sein werde, zu widerlegen, argumentirte Capitain Talbot, daß die englische Cavallerie nicht hinreichend stark und noch viel weniger competent sei. Er verknüpfte damit die Stellung eines Antrages: Das Haus möge seine Meinung ausdrücken, daß es zweckmäßig sei, sofort Schritte zur Beschaffung einer hinreichenden Reserve von Mannschaften und Pferden zu ergreifen. Sir H. Storck's und der Kriegsminister bekämpften den Antrag. Letzterer wies nach, daß die gegenwärtige Stärke der Cavallerie — 10,422 Mann und 7481 Pferde — den Stand derselben nach dem Krimkriege bedeutend übersteige. Ueberdies seien Anstalten getroffen worden, behufs der Bildung einer Cavallerie-Reserve die kurze Dienstzeit auf die Cavallerie in Anwendung zu bringen, eine Maßregel, die bis jetzt die anomale Lage des Arbeitsmarktes verhindert habe. Der Antrag wurde hierauf mit 128 gegen 68 Stimmen abgelehnt. Demnächst brachte Vernon Harcourt (Oxford) das die Verhältnisse zwischen Meister und Gesellen affizirende Gesetz und das sogenannte „Conspiracy-Gesetz" in Verbindung mit der jüngsten Bestrafung der strikenden Gasheizer zur Sprache, ohne indeß, durch die Formen des Hauses gebunden, einen auf die Aenderung dieser Gesetze hinzielenden Antrag zu stellen. Er begnügte sich nur damit, vom moralischen und legalen Standpunkte aus die Mängel dieser Gesetze aufzudecken und auf deren Beseitigung zu dringen. Er ergirte, daß das Gesetz ungebührlich ausgedehnt worden sei und daß das Parlament für die harte Bestrafung der Gasheizer als die natürliche Folge rascher und unüberlegter Gesetzgebung verantwortlich sei. Im Weiteren behauptete Harcourt nach einem Rückblick auf den Prozeß der Gasheizer, daß das „Conspiracy"-Gesetz in der Weise, wie es Richter Brett in seinem Resume erläutert habe, den Geist der Acte von 1871 übertrete und jeden Gewerkverein in eine Verschwörung verwandele. Eine gründliche Amendirung und Begrenzung dieses Gesetzes hielt er für äußerst nothwendig, und unter anderen monströsen Folgen seiner lockeren Doctrinen hob er die Thatsache hervor, daß Jemand, welcher der Conspiration zur Verübung eines Vergehens angeklagt werde, härter bestraft werden könnte, als der eigentliche Uebelthäter. Schließlich eiferte Harcourt gegen das Ausnahmegesetz, welches den Bruch eines civilen Dienstvertrages zwischen Meister und Gesellen mit Criminalstrafen belege. Der Attorney-General räumt ein, daß das „Conspiracy"-Gesetz revisionsbedürftig sei und stellte eine Modificirung desselben in Aussicht, um so mehr, als die Kronjuristen auf Anlaß der Regierung dazu gerathen hätten. Der Minister des Innern hielt es indeß für wünschenswerth, dem Gesetze eine weitere Probe zu gönnen, ehe man zu dessen Amendirung schreite. Er gab zu, daß es die Pflicht der Regierung sei, Arbeitern die Mittel zur Combination mit Bezug auf Fragen, die ihre Interessen beträfen, zu gewähren, vorausgesetzt, daß man nicht zu Drohungen, Einschüchterungen oder Gewaltthaten seine Zuflucht nehme, und er behauptete, daß der Masters u. Servants Act eine humane und keine drückende Maßregel sei. Nachdem noch Eykyn sein Bedauern darüber ausgedrückt, daß die Regierung die Gasheizer begnadigt habe, weil sie die ihnen von Richter Brett zudictirten Strafen reichlich verdient hätten, fand die Debatte ihren Abschluß.

[Der österreichisch-ungarische Botschafter Graf Beust] ist von Paris hierher zurückgekehrt.

[Das bewegliche in England befindliche Vermögen der verstorbenen Kaiserin-Wittwe von Brasilien], deren Testament dieser Tage in London eröffnet worden ist, wurde auf 180,000 Lstr. angegeben. Die Erblasserin vermacht 280,000 Fl. den sechs Kindern ihres verstorbenen Bruders, des Herzogs Maximilian von Leuchtenberg, die gleiche Summe den vier Kindern ihrer verstorbenen Schwester Prinzessin Theolinda, Gräfin von Würtemberg, und eine ebensolche Summe ihrer Schwester Josephine, der Königin-Mutter von Schweden und Norwegen. Diese zwei Legate sollen aus dem in Baiern befindlichen Vermögen der Verstorbenen ausgezahlt werden. Das in Brasilien befindliche Vermögen wird in vier Theile unter den Kaiser von Brasilien, dessen zwei Schwestern und den König von Portugal getheilt. Zahlreiche Legate sind für mildthätige Anstalten in Lissabon, Madeira u. s. w. ausgesetzt und viele Souvenirs an ihre persönlichen Freunde und viele Fürsten Europas überwiesen. Zur Universalerbin ist die Königin-Mutter von Schweden und Norwegen eingesetzt worden.

[Aus Irland] bringt der Telegraph nach langer Zeit wieder einmal die Kunde von einem agrarischen Verbrechen. Als am 4. des Nachmittags der in Mooney, unweit Quien, Grafschaft Clare, wohnhafte Magistrat, Mr. Joseph Hall, in Begleitung eines anderen Magistrats zu der Gerichtssession fuhr, wurde auf ihn von einer Hecke aus gefeuert und er trug eine schwere, obwohl nicht tödtliche Wunde davon. Der Verwundete glaubt den Attentäter identificiren zu können.

Die „Home Rule"-Partei hielt am 4. d. M. in Dublin wieder eine Versammlung, bei welcher das Parlamentsmitglied Herr Mitchell Henry präsidirte. Herr Butt, das Haupt der Partei, constatirte, daß in den seit der letzten Sitzung verflossenen drei Wochen sich 130 zur Mitgliedschaft gemeldet hätten. Diese Thatsache hielt er für einen hinreichenden Beweis dafür, daß die Sache vorwärts schreite. Er befürwortete die Aufnahme des Obersten Ellis, eines im engl. Freiwilligen-Corps commandirenden Offiziers, sowie die des Herrn O'Dowda, eines Schwagers des famosen Richters Keogh, ferner zweier Kinder im Alter von 2 Jahren resp. 6 Monaten. Ein Herr O'Neill Dauns fügte die Namen von 13 römisch-katholischen Geistlichen hinzu und beklagte sich darüber, daß Irland in seinen finanziellen Beziehungen zu Großbritannien seit der Union unbillig gehandelt worden sei. Er bezeichnete dies als die Hauptursache der Expatriation des irischen Volkes. Er berechnete, daß Irland zwischen 1833 und 1852 an 86 Mill. Pfd. St. Steuern in die Reichsschatzkammer gezahlt habe. Herr Gladstone, sagte er, hätte die Steuern um 52 pCt. erhöht, und in den seit 1852 verflossenen 20 Jahre betrügen sie 131 Millionen Pfd. St. Er sei erstaunt, daß irgend ein Irländer Vertrauen in Gladstone setzen könne, und erklärte, er würde, so lange die Union dauere, niemals einem englischen Minister Vertrauen schenken. Er rügte die Bigotterie, sei sie echt oder verstellt, wodurch sich einige römische Katholiken verleiten ließen, der Bewegung zu opponiren. Bigotterie, Unwissenheit und Theilnahmlosigkeit seien die größten Feinde der Sache. Ein Mr. Dennely stellte einen Contrast zwischen der heilsamen Gesetzgebung des irischen Parlaments von 1782—1800, und die Behandlung Irlands durch die Reichslegislatur an.

[Kirchliches] Mit der „formellen Sanction Sr. Gnaden des Erzbischofs von Westminster, des katholischen Erzbischofs Manning nämlich, veröffentlicht der „Daily Telegraph" einen Aufsatz über die römische Kirche im Vereinigten Königreich, aus welchem folgende statistische Angaben mittheilenswerth sein mögen. Die genannte Kirche zählt in England, so viel sich aus Taufscheinen und anderen Erkennungsmitteln schließen läßt — eine confessionelle Unterscheidung ist in den amtlichen Statistiken nicht durchgeführt — ungefähr 1¼ Millionen, in Schottland, welches durch Zuzug aus dem Norden Irlands nach den großen Industriestädten viele Katholiken gewonnen hat, zwischen 4- und 500,000, in Irland dem Census von 1871 zufolge 4,141,933, im Vereinigten Königreich insgesammt also etwas über 6 Millionen Mitglieder. Die Hierarchie besteht in England aus einem Erzbischof und 12 Bischöfen, in Irland aus vier Erzbischöfen und 24 Bischöfen. England begreift 13 Diöcesen mit 1621 Geistlichen, 1016 öffentlichen Kirchen und Kapellen, 6 größeren und 10 kleineren Collegien, 1000 Elementarschulen; Irland 28 Diöcesen mit 1080 Pfarren und 3440 Priestern, 2349 öffentlichen Kirchen und Kapellen, eine Universität, 25 Collegien, 116 höhere Schulen, 7000 Elementarschulen. Von den Klöstern in England sind 10 dem beschaulichen Leben, die andern der Wohlthätigkeit, der Krankenpflege, der Erziehung und der Besserung gewidmet. In Schottland zählt die katholische Kirche ungefähr 200 Priester mit eben so vielen Kirchen, von den übrigen Anstalten ist es schwer, eingehende Angaben zu erhalten.

[Denkmäler.] In Preston und in Huddersfield wurden am 4. Juni zu gleicher Zeit die Denkmäler zweier Männer enthüllt, die England unter seine ersten Staatsmänner zählt. In Huddersfield war es die Bildsäule Sir Robert Peel's; Lord Houghton hielt die Festrede. In Preston war es das im Miller-Park errichtete steinerne Ebenbild des verstorbenen conservativen Premier-Ministers Lord Derby, das eigentliche Derbydenkmal in England. Die Enthüllung leitete der Oberst Wilson Patten, der weiland College des Gefeierten. Unter den Anwesenden war auch der jetzige Lord Derby, der auf heftiges Verlangen der Versammlung seinem Vater einen Nachruf widmete. Für ein drittes erst kürzlich beschlossenes Denkmal sind die Aussichten auf baldige Herstellung minder günstig geworden; in dem Mill-Comite tritt eine Spaltung zu Tage, an welcher vornehmlich Arthur Arnold und Hayward betheiligt zu sein scheinen. Auch der Name des Premierministers wird in den Streit hineingezogen.

[Der Crystallpalast] beginnt am 10. Juni sein 20. Lebensjahr und der Jahrestag soll würdig begangen werden. Eine Ode ist ausdrücklich für diese Gelegenheit geschrieben worden und soll von einem aus 2500 Personen bestehenden Chor aufgeführt werden. Außerdem soll das durch öffentliche Subscription dem Miterbauer des Palastes, Sir Joseph Paxton, errichtete Monument enthüllt, ein großartiges Feuerwerk abgebrannt werden und ein Gartenfest stattfinden. Seit Eröffnung des Crystallpalastes am 10. Juni 1854 ist derselbe von über 33,000,000 Menschen besucht worden.

[Zur Arbeiterfrage.] Der Sheffielder Zweig der „Amalgamated Society of Engineers" hat ein Circular an die Arbeitgeber gerichtet, in welchem eine Lohnerhöhung von 32 auf 34 Sh. per Woche, Extrabezahlung für außerhalb der Fabriken gefertigte Arbeit, die anderthalbfache Berechnung für Ueberzeit beansprucht werden und außerdem verlangt, daß 45 Stunden Nachtarbeit gleich 54 Stunden Tagesarbeit angesehen werden. Da die Brotherren sich die Bedingungen für Ueberzeit nicht wollen gefallen lassen, und die Ingenieure zur Arbeitseinstellung, im Falle ihren Wünschen nicht entsprochen wird, entschlossen sind, so ist ein Ausstand ziemlich sicher. — In Wentworthhouse, dem Landsitze des Earls Fitzwilliam, hat eine eigenthümliche Scene stattgefunden. Die auf dem Kohlenbergwerke Low Stubbin beschäftigten Kohlengrubenarbeiter des Lords hatten mehrfach versucht, einen nicht zur Union gehörigen Arbeiter zum Anschluß an dieselbe zu zwingen, und, als dies nicht ging, durch alle möglichen Mittel gesucht, den Earl und seinen Verwalter zur Entlassung des ihnen mißliebigen Arbeiters zu bewegen. So strikten sie in 18 Monaten nicht weniger als 25 Mal. Der Earl schloß hierauf die Grube gänzlich, und die Arbeiter waren somit ohne Brot. Sie baten alsdann um eine Audienz, wo sie um Verzeihung bitten wollten. Der Earl gestattete dieselbe, und umgeben von seiner Familie, empfing er etwa 300 seiner Kohlengrubenarbeiter in der Säulenhalle, wo ein Arbeiter eine Abbitte vorlas. Earl Fitzwilliam hielt den Arbeitern hierauf eine sehr patriarchalische Rede, in der er den Arbeitern auseinandersetzte, welches Verbrechen geradezu sie begangen hätten, indem sie einen Mitarbeiter durch Drohungen hätten zwingen wollen, einem Vereine, dem er nicht traute, sich anzuschließen, und dann, als dies nicht ging, ihn selbst, ihren Brotherrn, zu ihrem Mitschuldigen zu machen. Der Earl versprach noch nicht, die Arbeiter wieder in seinen Dienst zu nehmen, sondern nur, daß er baldmöglichst über die Sache entscheiden und seinen Willen ihnen kund thun werde.

[In Neu-Seeland] wird Nachrichten aus Melbourne zufolge eine neue Empörung der Ureinwohner befürchtet, und als Grund wird dafür angegeben, daß einige Maoris in letzter Zeit sich schriftliche Drohbriefe haben zu Schulden kommen lassen. In welcher Provinz diese Unruhen befürchtet werden, ist nicht angegeben. Aber obwohl die britischen Soldaten die Ansiedler nun nicht mehr beschützen, kann von einer eigentlichen Gefahr doch nicht die Rede sein. Denn einmal ist die Miliz der Colonie stark genug, etwaige Angriffe auszuhalten, alsdann sterben die Maoris aus oder versumpfen sich täglich mehr mit der europäischen Civilisation, so daß von einer Wiederholung der früheren Massacres nicht die Rede sein kann.

Spanien

Madrid, 6. Juni. [Bei der Eröffnung der heutigen Sitzung der constituirenden Cortes] kam Pereira, ein Abgeordneter aus der Provinz Pontevedra und Mitglied der weiland radicalen Partei, auf die Rede des Minister-Präsidenten zurück, und bezeichnete das von Figueras vertheidigte Decret wegen Auflösung des ständigen Ausschusses der National-Versammlung als einen Bruch der Gesetze. Daß diese Bezeichnung richtig ist, kann auch derjenige nicht leugnen, der die Auflösung für eine nothwendige Maßregel hält; das Gesetz ist am 23. April jedenfalls von der Regierung gebrochen worden, und der Streit kann sich nur darum handeln, ob dieser Schritt unter den obwaltenden Umständen durch das Wohl des Staates geboten war. Die Kammer aber ließ Herrn Pereira nicht ausreden; er wurde mit den Rufen: „Hinaus! Vor die Thür!" unterbrochen und fand es vor der aufgeregten Versammlung gerathen, sich zu entfernen. Das ist die Redefreiheit in der republikanischen Landesvertretung. Um die republikanische Freiheit ist es überhaupt recht gut bestellt; wenn man nur thut, was der Mächtigere, ob er nun einen oder tausend Köpfe habe, verlangt, so ist man sonst so frei wie der Vogel in der Luft. Das hat auch der General-Capitain von Catalonien jetzt in negativer Weise erfahren, derselbe, der sich vor einigen Tagen noch so viel auf die hergestellte Disciplin in seiner Armee zu Gute that. Er wollte seinen Soldaten in Igualada nicht den Willen thun, und ist daher von diesen gezwungen worden, mit sammt seinen Offizieren die Flucht zu ergreifen. Selbstverständlich hat er darauf schon sein Entlassungsgesuch eingereicht. In Granada hat es sich auch darum gehandelt, wer die republikanische Freiheit am meisten verdiene, die Einwohner oder die Carabiniers, es scheint, daß erstere die würdigeren sind, denn die letzteren sind, nach längerem Kampfe mit Verlust mehrerer Todten überwunden worden, und mußten ihre Waffen abgeben.

[Carlistisches.] Die Aufregung, welche in Madrid über die von den Carlisten verübten oder ihnen zugeschriebenen Gräuelthaten herrscht, scheint Castelar bewogen zu haben, sich in einem Rundschreiben über die Art einer solchen Kriegsführung auszusprechen. Es wäre sehr zu wünschen, daß der Minister ein mit guten Beweisen versehenes Aktenstück über die carlistischen Grausamkeiten zusammenstellte; denn die Kritiklosigkeit, mit welcher gegenwärtig die Erzählungen über Erschießung wehrloser Gefangener als Evangelium aufgenommen werden, macht gegen die derartigen Beschuldigungen, die man auf die Carlisten häuft, überhaupt mißtrauisch. So heißt es jetzt wieder in einer Nachricht aus Tarragona, daß die Carlisten die Kirche zu Espluga de Francoli mit Petroleum in Brand gesteckt und vier gefangene Freiwillige erschossen hätten, während eine andere Meldung nur davon zu sagen weiß, daß die Carlisten sich vor dem muthigen Widerstande die Freiwilligen zurückziehen mußten. In Betreff der angeblichen Erschießung von 23 Carabiniers in der Provinz Tarragona ist die Bestätigung um so mehr abzuwarten, als die Nachricht von den 36 erschossenen „Gefangenen" an der Endarlazabrücke jedenfalls falsch oder übertrieben ist. Man glaubt, daß die Cortes strenge Maßregeln gegen die Carlisten beschließen werden; wobei übrigens das Sprüchwort von den Nürnbergern nicht zu vergessen ist, wenn nicht Unschuldige leiden sollen.

[Die katholische Republik.] Von der Grenze kommt die eigenthümliche Nachricht, daß Santa Cruz in Echalar die katholische Republik mit Cabrera als Präsidenten ausgerufen, und die Carlisten unter Martinez und Dorronsoro zur Anerkennung dieser neuen Regierung aufgefordert habe. (K. Z.)

Provinzial-Zeitung.

H. **Breslau**, 10. Juni. [Bezirksverein der Schweidnitzer Vorstädte, südlich der Verbindungsbahn.] In der gestern Abend in Scheffler's Lokal auf der Neudorferstraße abgehaltenen Sitzung brachte der Vorsitzende, Kaufm. Wienanz, zuvörderst das Schreiben des Herrn Oberbürgermeisters v. Forckenbeck in Erinnerung, welches derselbe in Bezug auf die Ausdehnung des Röhrennetzes für das neue Wasserwerk in die Stadttheile südlich der Verbindungsbahn an den Vorstand gerichtet. Dasselbe ist vom 29. April c. datirt und ertheilt die bestimmte Zusage, daß die Röhren in kürzester Frist in der Gabitzer-, Kleinburger- und Neudorferstraße gelegt werden sollen. Die Verlegung ist jedoch bis dato noch nicht erfolgt, weshalb der Verein beschließt, die Stadtverordneten-Versammlung zu ersuchen, sie wolle den Magistrat darüber um Auskunft bitten, weshalb bis jetzt die Röhren noch nicht gelegt worden sind. — Demnächst wurde von mehreren Mitgliedern darauf hingewiesen, daß sich weder auf der Kleinburger-, noch auf der Gabitzerstraße ein Post-Briefkasten befinde, woraus sich für die zahlreichen Bewohner dieser ausgedehnten Straßen die Unbequemlichkeit ergebe, ihre Briefe bis in die nördlich von der Verbindungsbahn befindlichen Straßen tragen zu müssen. Man sprach die Hoffnung aus, daß es nur einer öffentlichen Anregung bedürfen werde, um die den Wünschen des Publikums jederzeit auf das Bereitwilligste entgegenkommende Postbehörde zu vermögen, dem Uebelstande abzuhelfen. Als geeignete Punkte für die erwünschten Briefkästen wurden in der Kleinburgerstraße die Häuser Nr. 7 oder 12, in der Gabitzerstraße das Haus Nr. 59a vorgeschlagen. — Als ein fernerer, der Abhülfe dringend bedürfender Uebelstand wurden weiter die offenen, ungemein übelriechenden Straßengräben in der Kleinburger- und Gabitzerstraße bezeichnet. Die Versammlung glaubte eine Beseitigung dieser in gesundheitlicher Beziehung höchst gefährlichen Stinkgräben für ausführbar halten zu müssen, da ja der Graben an der östlichen Seite der Kleinburger Chaussee bereits vor mehreren Jahren überwölbt worden sei. Sie sprach den Wunsch aus, die Gräben recht bald in irgend einer Weise beseitigt zu sehen. — Zur Besprechung einiger anderen Angelegenheiten will der Verein Freitag den 20. d. Mts. eine außerordentliche Sitzung abhalten.

Ö **Breslau**, 9. Juni. [Gesundheits-Pflege-Verein.] Gestern erst hielt der Verein seine jährliche Generalversammlung in der Gemeindehalle der freirel. Gemeinde, Grünstraße Nr. 6. In Verhinderung des eigentlichen Vorsitzenden, Herrn Kaufmann Th. Hofferichter leitete dieselbe das Verwaltungsrathsmitglied Herr Scholz. Zuerst wurde der Jahresbericht mitgetheilt. — Der Gesundheits-Pflege-Verein zählte an Bestand aus dem Jahre 1871 am 1. Januar 1872 1283 Mitglieder mit 5175 angehörigen Personen; diesen traten bis ult. December 1872 bei 190 Mitglieder mit 745 Angehörigen, nämlich 177 Männer, 183 Frauen, 385 Kinder, indessen der Abgang 169 Mitglieder mit 614 Angehörigen betrug und für das laufende Jahr ein Bestand von 1304 Mitgliedern mit 5306 Personen verblieb. Von diesen sind 3568 Personen (also etwas über 67 pCt.) ärztlich im abgelaufenen Jahre behandelt worden und geheilt 3298, (also 92,4 pCt.), erleichtert 88 (24 pCt.), ungeheilt 3, weggeblieben 7, nach dem Hospital verlegt 12, gestorben 96 (also 2,6 pCt.), im Bestand verblieben 64. An Arzenei hatte der Kranke durchschnittlich 14 Sgr. 3 Pf., an übrigen Kosten 16 Sgr. 3 Pf., also 30 Sgr. 6 Pf., 6¼ Sgr. mehr als im Vorjahr gekostet, lauter günstige Resultate in Bezug auf die Vorjahre.

Der Kassen-Abschluß pro 1872 weist an Bestand aus 1871 2100 Thlr. 21 Sgr. 9 Pf., an Einnahmen aus 1872 3922 Thlr. 27 Sgr. 9 Pf., also in Summa aller Einnahmen 6023 Thlr. 19 Sgr. 6 Pf. nach; an Ausgaben für Verwaltungskosten 1922 Thlr. 15 Sgr. 6 Pf., für Medicamente 1696 Thlr. 22 Sgr. 2 Pf., für Drucksachen 45 Thlr. 25 Sgr., Summa 3665 Thlr. 2 Sgr. 8 Pf., mithin einen Bestand von 2358 Thlr. 16 Sgr. 10 Pf.

Die Unterstützungskasse für arme Kranke hatte im Jahre 1871 Bestand 289 Thlr. 1 Sgr., Einnahme pro 1872 49 Thlr. 26 Sgr., Ausgabe 12 Thlr. 4 Sgr., mithin blieben im Bestand 320 Thlr. 22 Sgr. 3 Pf. Der Central-Arzt des Gesundheitspflegevereins knüpfte an die einzelnen Theile verschiedene Vergleichungen mit den Vorjahren, aus denen hervorgeht, daß der Verein sich immer mehr Geltung in unserer Stadt verschafft. Hierauf erhielt das Mitglied der Kassen-Revisions-Commission, Herr Olscher, das Wort zum Bericht dieser Commission über die vollzogenen Revisionen, auf Grund deren er beantragt, Herrn Bergel, z. Z. Rendant des Vereins, für seine sorgfältige und zuverlässige Kassenführung Decharge zu ertheilen. Dieselbe geschah einmüthig und ohne Widerspruch.

Herr Bergel theilt dann ferner noch mit, daß die Restengelder zinsbar angelegt sind und fragte dann weiter, wie man sich beim Eingehen der österreichischen Gulden als Beiträge zu verhalten habe, bis jetzt habe er dieselben vollwerthig angenommen und glaube dies auch in der nächsten Zukunft thun zu sollen, um die Mitglieder nicht noch um die 1 Sechser pro Gulden betragende Differenz zu schädigen. Die Kasse werde den Verlust leichter tragen. Es entwickelte sich hier eine Debatte, indem Literat Krause das Verfahren für die Interessen der Arbeiter entsprechend fand, indeß der Vorsitzende, Herr Olscher und einige andere Mitglieder es bekämpften.

Schließlich wurde der Antrag Herrn Bergel's auf Anerkennung seines Verfahrens, den er selbst zwar hatte fallen lassen, Literat Krause aber aufgenommen hatte, abgelehnt und der Antrag an den Verwaltungsrath verwiesen. Hierauf wurde zur Neuwahl der Kassen-Revisions-Commission geschritten, die nach einiger Discussion über den Wahlmodus die Wiederernennung der alten Mitglieder ergab, der Herren Olscher, Plage, Vogt, Nowack und Bernhardi als wirkliche Mitglieder, und Herr Schommatz und Graeber als Stellvertreter.

Dann wies Herr Olscher auf den spärlichen Besuch der Generalversammlung hin und fand dessen Veranlassung in der außerordentlich späten Berufung der Versammlung. Ein Antrag Herrn Nowag's in dem betreffenden § 38 der Vereinsstatuten die Worte: „in den ersten drei Monaten" einzuschieben, wurde abgelehnt, dagegen ausgesprochen, daß die Berufung der Generalversammlung künftig stets „so zeitig als möglich, spätetens im April geschehen solle." Mit der Collecte für die Kranken-Unterstützungskasse wurde die Versammlung geschlossen.

* [Angekommene Fremde.] Prinz v. Czartoryski aus Rokossowa; v. Stromiloff, russischer Admiral aus Kronstadt, General-Lieutenant Wolotzkoi aus Petersburg; v. Hagemeister, Regierungspräsident aus Oppeln.

μ [Geburten und Mortalität.] Im Laufe der letztverflossenen Woche sind hierorts polizeilich angemeldet worden: als geboren 102 Kinder männlichen und 106 Kinder weiblichen Geschlechts, zusammen 208 Kinder, wovon 32 außerehelich; als gestorben 69 männliche und 51 weibliche, zusammen 120 Personen incl. 10 todtgeborener Kinder.

---

* **Striegau**, 9. Juni. [Verbrechen. — Selbstmorde. — Polizeiliches. — Pfingstschießen. — Sommersaison. — Guldenstücke.] Eine Dienstmagd in Metschkau, die ihre Schwangerschaft verheimlicht, hatte sich selbst entbunden und ihr Kind auf einen Aschehaufen unter etwas Strauchwerk verborgen, wo es ohne jede Umhüllung kalt und anscheinend todt nach einigem Suchen aufgefunden wurde. In die Stube gebracht, gab das Kind, ein Knabe, während nach dem Polizeiverwalter geschickt wurde, Lebenszeichen von sich und wurde alsdann durch Erwärmung vollständig ins Leben zurückgerufen. Der arme Junge hatte von seiner Geburt, am 6. Mai cr. früh 4 Uhr bis in die 9. Stunde, also über 4 Stunden bei nur etwa 6 Grad Wärme und starkem Reif mit ununterbundener Nabelschnur im Freien gelegen, jedoch erfreut er sich des besten Wohlseins und verspricht nach solcher Abhärtung ein kräftiger Bursche zu werden. Die Untersuchung gegen die Mutter ist im Gange. — Vor Kurzem wurde der hiesige Ofenkehrer Rudolph, ein nüchterner, arbeitsamer Mann, erhängt aufgefunden und am 7. d. M. endete der Bauergutsbesitzer Weirauch in Simsdorf aus Schwermuth auf dieselbe Weise sein Leben. — Nach dem veröffentlichten Polizeibericht pro Mai sind als hierorts angezogen 51 und als Abgang 6 Personen gemeldet. Die Abmeldungen werden immer noch vielfach unterlassen. Wegen Polizei-Contraventionen wurden 31 Personen bestraft und außerdem kamen 6 Vergehen verschiedener Art zur Anzeige. Gegen die meist in der niederen Volksklasse überhand genommenen Concubinate wurde mit gewünschtem Erfolge eingeschritten. — Ein Reglement, betreffend den Betrieb und die Beaufsichtigung des Droschkenfuhrwesens ist entworfen und wird nächstens zur Anwendung kommen. — Das Pfingstschießen ist mit der gestrigen Einführung des Königs, Sattlermeister und Tapezierer Werner lustig und harmlos beendet. Am Tage des Auszugs erhielt das Volksfest während des lebhaftesten Verkehrs durch eine mit kräftigem Gesange hier durchpilgernde Wallfahrer-Prozession ein Intermezzo. — Ein Feuerwerk und das erste Abonnements-Concert der Kapelle der Königsgrenadiere in Richters Garten hätten wir für diesen Sommer gehabt, der Besuch des Sommertheaters der seit einigen Tagen hier weilenden Zocheschen Gesellschaft wurde uns aber bis jetzt durch die kalte Witterung verleidet. Unsere schönen Gärten laden vergeblich zur Einkehr und der über ihnen hausende Berggeist Sander würde sicher Alles aufbieten, wenn er contractlich Jemand zur Beschaffung einer erquickenden Sommerluft verpflichten könnte. Die Gäste sind ihm dann sicher, denn man ist bei ihm gut aufgehoben. — Ein großer Theil unserer Kaufleute nimmt österreichische Guldenstücke nur zum Tagescourse, einige nehmen sie für voll, während einer unter Umständen sogar 6 Pf. Aufgeld gewährt; ja der Bergrestaurateur berechnet sie mit 21 Sgr. — wenn für 20 Sgr. Speisen und Getränke bei ihm verzehrt werden.

⚒ **Tarnowitz**, 9. Juni. [Pfingstschießen.] Das in diesem Jahre begonnene Königsschießen hatte sich einer außerordentlich regen Betheiligung zu erfreuen. Für Se. Majestät den Kaiser wurde der erste Schuß durch Herrn Kaufmann Boehm abgegeben, und am 5. d. Mts. als am Schluß des Schießens errang sich die Königswürde der Herr Drechslermeister Kolonko junior, und wurde derselbe am Donnerstag den 5. d. M. als König eingeführt; gleichzeitig als erster Marschall der Herr Seifenfabrikant Lukaschik, und als zweiter Marschall der Herr Kürschnermeister Drozdek. — Nachdem die üblichen Einführungs-Ceremonien beendet, vereinigte ein Diner sämmtliche Schützen und Spitzen der Stadt. — Wir können bei dieser Gelegenheit unserm Herrn A. Rother als Schießhauswirth für die außerordentliche Bewirthung alle Anerkennung zollen und möge derselbe uns noch lange als Restaurateur erhalten bleiben.

Breslau, 11. Juni. [Wasserstand.] O.-P. 17 F. 3 Z. U.-P. 3 F. 3 Z.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Juni 10. 11.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Luftdruck bei 0°	331''',12	331''',68	331''',74
Luftwärme	+ 13°,9	+ 10°,6	+ 8°,6
Dunstdruck	3''',66	4''',42	4''',17
Dunstsättigung	56 pCt.	89 pCt.	99 pCt.
Wind	W. 1	SO. 1	SO. 1
Wetter	bedeckt.	trübe.	trübe, Nebel.
Wärme der Oder		7 Uhr Morgens	+ 9°,0

Berlin, 10. Juni. Es hatte nur noch der jetzt positiven Nachricht von der Zahlungs-Einstellung der Wiener Wechslerbank bedurft, um unserer Börse den kleinen Halt zu rauben, den sie sich bisher mühsam selbst geschaffen. Heute genügte ihr denn auch nicht mehr die Lustlosigkeit, der sie sich gestern hingegeben, sie sah vielmehr wieder die Wiener Verhältnisse im trübsten Lichte und fürchtet für ihr eigenes Wohl mehr, als eigentlich durch die Vorkommnisse in Oesterreich (man nannte, jedoch wie es heißt unbegründet, ein größeres Haus in Wien als fallit) angezeigt erscheint. Wenn wir indeß dieser Muthlosigkeit gedacht, müssen wir andererseits auch als charakteristisches Merkmal hervorheben, daß irgend welch besonders dringliches Angebot nicht eben hervortrat und es den Eindruck machte: als ob die Energielosigkeit der Verkäufer im Wesentlichen mit der Zurückhaltung der Käufer gleichen Schritt hielte. Nur in Oesterr. Creditactien zeigte sich Regsamkeit, allerdings auf Kosten des Coursstandes, der sich nach 158½ unter Schwankungen bis 156⅛, um etwa 6 Thlr. drückte und nur eine kleine Reprise aufzuweisen hat; Franzosen und Lombarden erlitten dagegen bei ganz geringer Geschäftsthätigkeit nur unbedeutenden Preisabschlag. Galizier, Nordwestbahn, Elisabeth-Westbahn lassen sich mehr oder minder ebenfalls als schwächer bezeichnen. Von fremden Fonds fehlte es Italienern nicht an einiger Lebhaftigkeit, Oesterr. Silber- und Papier-Rente hielten sich nicht voll, blieben indeß nicht immer ohne Nehmer; fest waren Türken. Amerikanischen Anleihen stand beste Frage zur Seite, die ihren Cours um ¼—⅛ Procent hob; auch russische Bahnen fanden Begehr und für Pfd. St.-Russen hielt sich die Stimmung recht fest; französische Rente, zu gestriger Notiz offerirt, war dazu ganz vernachlässigt. Preußische Fonds behaupteten sich gut, deutsche blieben still, Pfand- und Rentenbriefe zeigten sich matter. Letzteres gilt in bescheidenem Maße auch von Prioritäten, russische hielten sich gut, einzelne andere wichen unbedeutend, während Ischl-Ebensee einen sehr starken Rückgang erfuhren, der ihren Preis bis in die Dreißiger hinabführte. Der Eisenbahnmarkt trug auch der Tages-Tendenz Rechnung, indeß behaupteten sich die schlesischen Devisen besser als die rheinisch-westphälischen; die leichten Bahnen lassen sich als leidlich fest bezeichnen; im Allgemeinen blieb der Umsatz, mit geringen Ausnahmen, belanglos. Bahnen auf Prämie ohne Frage. Für Banken war die Stimmung flau, man offerirte die sonst beliebteren älteren und fixirte ihren Cours um mehrere Procente unter gestriger Notiz. Auch auf Prämie wurden, namentlich für Jachmann, Käufer vermißt. Sehr angeboten zeigt sich Berliner Wechslerbank, mehrere der schlesischen Banken, so Breslauer Disconto, wurden auf den Zusammenbruch der Wiener Wechslerbank stärker, weiter im Course herabgesetzt; Berliner Maklerbanken variirten wenig. Industriewerthe ohne Leben; die Kohlenbergwerksactien, wie Braunschweiger, Centrum 2c. profitirten im Course, während Montanwerthe, die der Eisenproduction dienen, z. B. Dortmunder Union, Laura, sich nicht behaupteten; Union Pinneberg zog um Procente an; Brauereien und Bau-Actien meist sehr still; Königsstadt Bauverein, ohne besonderen Grund stark gedrückt, erholten sich heute erheblich. — Wechsel meist unverändert. (Bank- u. H.-Z.)

Posen, 11. Juni, Morgens. [Wollmarkt.] Massenhafte Zufuhr; überspannte Forderungen, ruhiges Geschäft; Preiserhöhung 3 Thlr. (Tel. Dep. der Bresl. Ztg.)

---

* [Wiener Wechslerbank.] Wir entnehmen der Kundmachung der Direction der Wiener Wechslerbank, daß die Gläubiger-Versammlung am 14. Juni stattfinden wird, und nicht, wie irrthümlich telegraphirt wurde, am 14. August.

[Weltpostcongreß.] Ob der schon vor zwei Jahren angeregte Weltpostcongreß, wie kürzlich beim deutschen Reichskanzler von verschiedenen Seiten beantragt worden, während der Dauer der Weltausstellung in Wien, oder aber im Laufe dieses Jahres in Berlin stattfinden werde, darüber ist bis jetzt eine definitive Entscheidung noch nicht getroffen. Dagegen steht fest, daß dem internationalen Congreß folgende Vorschläge werden unterbreitet werden: 1. daß sämmtliche Staaten Europa's, die Vereinigten Staaten, Egypten, Algier, Russisch-Asien, Türkisch-Asien, die Spanischen Besitzungen in Nord-Afrika und die Britischen Besitzungen in Nord-Amerika eine postalische Union, also ein einheitliches Verkehrsgebiet bilden; 2. daß im Bereiche dieser Union ein gleichförmiger Briefportosatz und eine gleichförmige Steuermandationsgebühr eingeführt werde, und 3. daß im Bereiche dieses Verkehrsgebietes für Zeitungen, Drucksachen, Mustersendungen 2c. ein gleichförmiger Portosatz in Anwendung komme. Die innerhalb der Grenzen der Einzelstaaten bestehenden niedrigen Taxen sollen selbstverständlich bis auf Weiteres beibehalten werden. Außerdem werden voraussichtlich zwischen denjenigen Staaten, welche ein eigenes Fahrpostinstitut besitzen, d. h. Packete, Gelder zu befördern, in Betreff der Fahrtaxen und der Behandlung zollpflichtiger Sendungen einheitliche Bestimmungen getroffen werden. — Wie der „B. B.-C." hört, hat in eben derselben Sache der General-Postdirector Stephan seine dieser Tage angetretene Reise unternommen.

× **Der allgemeine Fragebogen der königl. Untersuchungs-Commission, betreffend das Eisenbahn-Concessionswesen.** Beantwortet durch **Julius Faucher.** Berlin, Verlag von J. Guttentag (D. Collin) 1873.

Die königliche Untersuchungs-Commission, betreffend das Eisenbahn-Concessionswesen, hat ihre Arbeiten beendigt, und sollen ihre Verhandlungen und Vernehmungen in die Oeffentlichkeit gelangen. Inzwischen ist der allgemeine Fragebogen, welchen die Mitglieder der Commission zusammengestellt haben, veröffentlicht worden und hat Herrn J. Faucher Veranlassung gegeben, ihn, ohne speciell gefragt zu sein, mit seinen Antworten zu begleiten. Wir bedauern, daß es uns der Raum nicht gestattet, längere Auszüge aus der in hohem Grade interessanten Schrift zu bringen und müssen uns damit begnügen, dieselbe unsern Lesern bestens zu empfehlen.

---

* [Die Zeitschrift für Kapital und Rente] von Frhr. von Dankelman (Berlin, Weidmansche Buchhandlung) hat den neuen Jahrgang begonnen und auch im bereits erschienenen 1. und 2. Hefte sich als ein Werk bewährt, welches sowohl für den Geschäftsmann als auch den Capitalisten viele Vortheile bietet. Es ist mit selbstständigen Arbeiten ausgestattet, in denen sich eine wissenschaftlich durchdachte und durch praktische Erfahrungen geläuterte Anschauung ausspricht. Die fortlaufende finanzielle Chronik ist das Sammelwerk von besonderem Werthe. Außerdem werden Hilfstafeln, Tabellen, Verloosungslisten und andere dem Effektenverkehr dienstbare Beilagen gegeben.

Berlin, 10. Juni. Weizen: Termine etwas niedriger. Gekündigt 1000 Ctnr. Kündigungspreis 92¼ Thlr. Loco 77—94 Thlr. pro 1000 Kilogr. nach Qualität bez., pro Juni 92¾—92 Thlr. bez., Juni-Juli 92—91½ Thlr. bez., Juli-August 89⅞—88½ Thlr. bez., August-September — Thlr. bez., September-October 83⅝—83 Thlr. bez., October-November — Thlr. bez., gelber 92¼ Thlr. ab Bahn bez. — Roggen loco fand gutes Unterkommen. Termine konnten den anfänglichen Preisstand nicht behaupten und mußten im Verlauf des Geschäfts etwas nachgeben. Der Markt schließt gegen gestern in den Preisen ca. ½ Thlr. niedriger. Gekündigt 4000 Ctnr. Kündigungspreis 58¾ Thlr. Loco 57—65 Thlr. pro 1000 Kilogr. nach Qualität gefordert, inländischer 60½ Thlr. ab Bahn bez., russischer 58¼ Thlr. ab Boden bez., pr. Juni 59½—58¾ Thlr. bez., Juni-Juli 58⅜—¼ Thlr. bez., Juli-August 57⅞—¼ Thlr. bez., August-September — Thlr. bez., September-October 57—56¾ Thlr. bez., October-November 56⅝—¼ Thlr. bez. — Rüböl bei schwachem Handel flau. Gekündigt — Ctnr. Kündigungspreis — Thlr. Loco 21⅔ Thlr. bez. — Für Spiritus machte sich ein schwacher Begehr geltend, der zu niedrigen Preisen befriedigt wurde, loco ohne Faß 19 Thlr. 6—4 Sgr. bez., pro Juni 19 Thlr. 2 Sgr. bis 18 Thlr. 28 Sgr. bez., Juni-Juli 19 Thlr. 2 Sgr. bis 18 Thlr. 28 Sgr. bez., Juli-August 19 Thlr. 9—4 Sgr. bez., August-September 19 Thlr. 16—13 Sgr. bez., September-October 19 Thlr. 2 Sgr. bis 19 Thlr. bez., October-November — Thlr. — Sgr. bez. — Gekündigt — Liter. Kündigungspreis — Thlr. — Sgr. bez. — Wetter: trübe.

Hamburg, 10. Juni. [Kaffee.] Nach Berichten, welche der hiesigen „Börsenhalle" aus Rio de Janeiro vom 24. Mai (per Dampfer „Douro" und „Corcovado") zugegangen sind, betrugen seit 7. Mai die Abladungen von Kaffee nach dem Canal und der Elbe 37,200, nach Havre, englischen Häfen, Belgien, Holland und Bremen 13,900, nach der Ostsee, Schweden, Norwegen und Kopenhagen —, nach Gibraltar und dem Mittelmeer 12,200, nach Nordamerika 22,900 Sack. Vorrath in Rio 120,000, tägliche Durch-

schnittszufuhr 4500 Sack. Preis für good fair 9300 à 9500 Reis. Cours auf London 25⅛ à 25⅜ D. Fracht nach dem Canal 27⅞. Abladungen von Santos nach Nord-Europa 17,700, nach Südeuropa 3200 Sack. Vorrath in Santos 28,000 Sack. Preis für gute Qualität in Santos 9150 Reis.

B. Stettin, 10. Juni. [Stettiner Börsenbericht.] Wetter: veränderlich. Temperatur + 14° R. Barometer 28" 1'''. Wind: SW. — Weizen matt, pr. 2000 Pfd. loco gelb. ger. 62—70 Thlr. bez., besserer 71—81 Thlr. bez., feiner 82—88 Thlr. bez., feinster 92 Thlr. bez., pr. Juni 90—90½—90 Thlr. bez., pr. Juni-Juli 88¾, 87¾, 88¾ Thlr. bez., pr. Juli-August 87, 86¾, ¾ Thlr. bez., pr. August-September 86 Thlr. bez., pr. September-October 82¾, 81¾ Thlr. bez., pr. October-November 81¾—81 Thlr. bez. — Roggen niedriger, pr. 2000 Pfd. loco 54—59 Thlr. bez., feinster 61 Thlr. bez., pr. Juni 57, 56⅝ Thlr. bez., pr. Juni-Juli 56¾, ⅝ Thlr. bez. u. Br., pr. Juli-August 56, 55⅞ Thlr. bez., pr. August-September 56⅜ Thlr. nom., pr. September-October 55⅛, ¼ Thlr. bez., pr. October-November 55⅛, 54⅝ Thlr. bez. — Gerste wenig verändert, pr. 2000 Pfd. loco nach Qual. 55—64 Thlr. bez. Hafer stiller, pr. 2000 Pfd. loco nach Qual. 48—52½ Thlr. bez., pr. Juni-Juli 51½ Thlr. bez. — Erbsen unverändert, pr. 2000 Pfd. loco nach Qual. 47—51 Thlr. bez. — Winterrübsen pr. 2000 Pfd. pr. September-October 96⅔, 96 Thlr. bez. — Rüböl nahe Termine behauptet, pr. Herbst matter, pr. 200 Pfd. loco 22⅓ Thlr. Br., pr. Juni 21¾ Thlr. Gld., pr. September-October 21⅞ Thlr. Br. — Spiritus flau, pr. 100 Liter à 100 pCt. ohne Faß 18¾ Thlr. bez., pr. Juni u. Juni-Juli 18⅞ Thlr. bez., pr. Juli-August 18⅝, 19/24, ¾, ⅞ Thlr. bez., pr. August-September 19 1/12, 19 Thlr. bez., pr. September-October 18⅝, 19/24, ⅔ Thlr. bez. — Petroleum loco 5⅝ Thlr. Br., pr. September-October 5⅜, ⅝ Thlr. bez., 5⅝ Thlr. Br., pr. October-November 5¾ Thlr. bez., 5 19/24 Thlr. Br.

Angemeldet: 17,000 Ctr. Roggen.

Regulirungspreise: Weizen 90¼, Roggen 56⅝, Rüböl 21 11/12, Spiritus 18⅞ Thlr.

Posen, 10. Juni. [Producten-Bericht von Lewin Berwin Söhne.] Roggen: (pro 1000 Kilogramm) fest und höher. Kündigungspreis 60. Gek. — Wspl. Juni 60 G., Juni-Juli 58¾—59 bez. u. Br., Juli-August 57¼—57½ bez. u. Br., August-September 56¼ G., Herbst 55 bis 55¼ bez. u. G., October-November 54¾ G., 55 Br. — Spiritus (pro 10,000 Liter %) fest. Kündigungspreis 18⅞. Gek. — Liter. Juni 18⅚ bis 18 11/12 bez. u. G., Juli 19 bez. u. G., August 19⅙ bez. u. G., September 19⅙ bez. u. Br., October 18½ bez. u. G., November 18 Br.

Posener Markt-Bericht. Weizen: begehrt, pro 1050 Kilogramm feiner 95—100 Thlr., mittel 85—90 Thlr., ordinär und defect 75—80 Thlr. — Roggen: gefragt, pr. 1000 Kilogr. feiner 58—60 Thlr., mittel 55—56 Thlr., ordinär 52—53 Thlr. — Gerste: höher bezahlt, pr. 925 Kilogr. feine 51—54 Thlr., mittel und ordinär 46—49 Thlr. — Hafer: begehrt, pr. 625 Kilogramm feiner 30—33 Thlr., mittel u. defect 29—30 Thlr. — Erbsen: unverändert, pro 1125 Kilogramm, Koch-Erbsen 50—54 Thlr. Futter-Erbsen 46—48 Thlr. — Lupinen: preishaltend, pr. 1125 Kilogr. gelbe 33—37½ Thlr., blaue 28—31 Thlr. — Wicken: matt, pr. 1125 Kilogr. 38—40 Thlr. — Oelsaaten: pr. 50 Kilogr. Raps — Thlr. Rips — Thlr. — Leinsaamen: ohne Umsatz, pro 50 Kilogr. 75—85 Thlr., — Klee matt, weiß 10—20, roth 12—18 Thlr. — Buchweizen: geschäftslos, pr. 75 Kilogramm 46—50 Thlr. — Feinste Waaren über Notiz. — Wetter: Trübe.

Trautenau, 9. Juni. [Garnbörse.] Der heutige Garnmarkt war gut besucht, der Verkehr blieb rege wie bisher und es wurden folgende Preise bezahlt:

Tow: Nr. 10 à 74½, Nr. 12 à 65, Nr. 14 à 60, Nr. 16 à 57,
Nr. 18 à 52½, Nr. 20 à 49½, Nr. 22 à 47½, Nr. 25 à 45½,
Nr. 28 à 43½, Nr. 30 à 42 Gulden pro Schock.

Line: Nr. 30 à 44½, Nr. 35 à 40, Nr. 40 à 37, Nr. 45 à 36,
Nr. 50 à 35, Nr. 55—70 à 34½ Gulden pro Schock durchschnittlich, Ziel 4 Monat, per Cassa 2 pCt. Sconto.

Breslau, 11. Juni, 9½ Uhr Vorm. Am heutigen Markte war der Geschäftsverkehr etwas reger, bei mäßigen Zufuhren und unveränderten Preisen.

Weizen zu notirten Preisen leicht verkäuflich, pr. 100 Kilogr. schlesischer weißer 8½ bis 9⅚ Thlr., gelber 8½—9¾ Thlr., feinste Sorte 9⅚ Thlr. bezahlt.

Roggen zu hoch gehalten, pr. 100 Kilog. 6¼ bis 6⅜ Thlr., feinste Sorte 6¾ Thlr. bezahlt.

Gerste schwach zugeführt, pr. 100 Kilogr. 6 bis 6 5/12 Thlr., weiße 6¼ bis 6½ Thlr.

Hafer gute Kauflust, pr. 100 Kilogr. 5¼ bis 5½ Thlr., feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Erbsen preishaltend, pr. 100 Kilog. 5—5½ Thlr.

Wicken höher, pr. 100 Kilog. 4—4¼ Thlr.

Lupinen schwach offerirt, pr. 100 Kilogr. gelbe 3⅔—3⅚ Thlr., blaue 3¼ bis 3½ Thlr.

Bohnen preishaltend, pr. 100 Kilog. 5¼—6 Thlr.

Mais mehr beachtet, pr. 100 Kilog. 5⅓—5⅔ Thlr.

Oelsaaten ohne Umsatz.

Schlaglein matter.

Per 100 Kilogramm netto in Thlr., Sgr., Pf.									
Schlag-Leinsaat..	8	20	—	9	—	—	9	15	—
Winter-Raps....	8	15	—	9	10	—	10	—	—
Winter-Rübsen..	8	—	—	8	12	6	9	5	—
Sommer-Rübsen.	8	—	—	8	10	—	9	—	—
Leindotter......	7	—	—	7	12	6	8	—	—

Rapskuchen unverändert, schlesische 71—72 Sgr. pr. 50 Kilogr.

Leinkuchen mehr beachtet, schlesische 90—92 Sgr. pr. 50 Kilogr.

Kleesaat ohne Zufuhr, — rothe 12—16⅚ Thlr. pr. 50 Kilogr., weiße 12—16—18 Thlr. pr. 50 Kilogr., hochfeine über Notiz bezahlt.

Thymothee ohne Aenderung, 8½—10½ Thlr. pr. 50 Kilogr.

Kartoffeln pr. 50 Kilogr. 28 Sgr. bis 1 Thlr., pr. 5 Liter 3¼—4 Sgr.

Auszahlungen.

[Preußische Boden-Credit-Actien-Bank.] Die Dividende pro 1872 von 15% wird mit 30 Thlr. für den vollen und mit 15 Thlr. für den halben Dividendenschein von jetzt ab ausbezahlt.

[Berliner Viehmarkt, Actien-Gesellschaft.] Die Dividende pro 1872 wird mit 5 Thlr. pro Stück bei Feig u. Pinkuß in Berlin vom 15. Juni c. ab ausgezahlt.

[Vereinigte Bautzener Papierfabriken.] Der dritte am 1. Juli c. fällige Coupon der Prioritäts-Obligationen wird vom 15. d. Mts. an bei der Gesellschaftskasse in Bautzen eingelöst.

[Actien-Commandit-Gesellschaft Holthausen, Smidt & Co. zu Crefeld.] Die Dividende pro 1872 von 9% wird mit 18 Thlr. vom 1. Juli c. ab an der Gesellschaftskasse in Crefeld ausgezahlt.

[Stolberger Sagett-Spinnerei.] Die Dividende von 8 6/10 % wird mit 17 Thlr. 6 Sgr. pr. Actie vom 1. Juli c. ab bei der Gesellschaftskasse in Stolberg ausgezahlt.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Paris, 10. Juni. Abends. In Folge der Vorgänge in der heutigen Sitzung der National-Versammlung nahm der Unterstaatssecretär im Ministerium des Innern Pascal dem „Journal de Paris" zufolge seine Entlassung.

Versailles, 10. Juni, Abends. National-Versammlung. Lepere begründet seine Interpellation über das Verbot des „Corsaire." Der Minister des Innern entwickelt die Veranlassung der Unterdrückung und erklärt: die Regierung werde die ihr von der Versammlung übertragene Mission, die Ordnung wiederherzustellen, durchführen. Gambetta verliest ein vertrauliches Rundschreiben des Minister des Innern an die Präfecten bezüglich der Presse. Das Rundschreiben fragt an, welche Journale conservativ oder geneigt sein es zu werden, und verlangt Angaben über die finanzielle Lage und die Summen, wogegen dieselben bereit seien, die Regierung zu unterstützen. Das Circular erklärt es für zweckmäßig, den Journalen offizielle Berichte zugehen zu lassen und verpflichtet die Präfecten, einen Dienst für die Presse einzurichten. Gambetta fragt, ob das Circular echt sei; der Minister antwortet, er übernehme dafür die Verantwortlichkeit; er müsse die Presse überwachen, aber den Vorwurf ablehnen, dieselbe subventioniren zu wollen. Christophle beantragt eine motivirte Tagesordnung, welche die Verfügung mißbilligt. Die Versammlung nimmt die einfache Tagesordnung mit 389 gegen 315 Stimmen an.

Rom, 10. Juni. Die Kaiserin von Rußland hat ihre Abreise nach Deutschland aufgeschoben und wird sich zu einem mehrtägigen Aufenthalte nach Albano begeben. — Die Nachricht deutscher Blätter, daß zwischen dem Cardinal Antonelli und dem Grafen Andrassy ein Briefwechsel, betreffend die Abhaltung des Conclaves an einem österreichischen Grenzorte, stattgefunden habe, wird von der „Agenzia Stefani" für unbegründet erklärt.

Berliner Börse vom 10. Juni 1873.

Wechsel-Course.

Amsterdam 250 Fl.	k. S.	4½	139¼ bz.
do. do.	2 M.	4½	138⅛ bz.
Hamburg 300 Mk.	k. S.	4	— —
do. do.	2 M.	4	— —
London 1 Lst.	3 M.	7	6.19⅝ bz.
Paris 300 Frcs.	2 M.	5	— —
Wien 150 Fl.	8 T.	5	89¾ bz.
do. do.	2 M.	5	88⅝ bz.
Augsburg 100 Fl.	2 M.	5	56 12 G.
Leipzig 100 Thlr.	8 T.	6½	99¾ G.
do. do.	2 M.	4½	— —
Frankf.a.M.100 Fl.	2 M.	5	— —
Petersburg 100 SR.	3 M.	5	88⅜ bz.
Warschau 90 SR.	8 T.	5	80⅜ bz.
Bremen	8 T.	5	— —

Fonds und Geld-Course.

Freiw. Staats-Anleihe	4½	— —
Staats-Anl. 4½ %ige	4½	99¾ bz.
dito consolid.	4½	104¼ bz.
dito 4%ige	4	95½ bz.
Staats-Schuldscheine	3½	89⅜ bz.
Präm. Anleihe v. 1855	3½	125 bz.
Berliner Stadt-Oblig.	4½	101 bz.
Cöln-Mind. Prämiensch.	3½	92½ bz.B.
Pfandbriefe: Berliner	4½	99⅞ bz.
Central-Boden-Cr.	5	100 G
do. Unkündb.	5	106 bz.
Pommersche	3½	81½ bz.
Posensche	4	90 bz.
Schlesische	3½	83⅛ B.
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärk.	4	94¾ B
Pommersche	4	94¾ B.
Posensche	4	92¾ G.
Preussische	4	94¾ bz.
Westfäl. u. Rhein.	4	96⅞ bz.
Sächsische	4	95 bz.B
Schlesische	4	94⅝ bzB.

Kurh. 40 Thlr.-Loose 7⅛ bz.
Oldenburger Loose 38⅛ B.

Louisd'or 109⅞ b G.	Dollars 1.11¼ G.
Sovereigns 6.21¾ bG	FrmdBkn. 99¾ bz.
Napoleons 5.9⅞ bz.	Oest. Bkn 90 bz
Imperials — —	Russ. Bkn. 80⅝ bz.

Ausländische Fonds.

Oest. Silberrente	4 1/5	66à41⅛ bz. G.
do. Papierrente	4 1/5	60⅞à¾ bz.
do. Lott.-Anl. v. 60	5	91½ bz. G.
do. 54er Präm.-Anl.	4	97¼ G.
do. Credit-Loose	—	161½ bz.
do. 64er Loose	—	93½ etbz.B.
do. Silberpfandbr.	5½	— —
Pfdb.d.Oest.Bd.-Cr.-Ge.	5	— —
Wiener Silberpfandbr.	5½	— —
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	130 bz.
do. do. 1866	5	128 bz.
do. Bod.-Cred.-Pfb.	5	88¾ bz.
Russ.-Pol. Schatz-Obl.	4	75⅞ G.
Poln. Pfandbr. III. Em.	4	75⅝ bz.
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	63¾ bz
Amerik. 6% Anl. p. 1882	6	97¼ bz. G.
do. do. p. 1885	6	98¾ bz. G.
do. 5% Anleihe	5	95⅛-⅝¾ b.G
Badische Präm.-Anl.	4	109¾ B.
Baiersche 4% Anleihe	4	111¼ B.
Französische Rente	5	88⅛ G
Ital. neue 5% Anleihe	5	60¼ G.
Ital. Tabak-Oblig.	6	92 B.
Raab-Grazer 100 Thlr-L.	4	79⅞G. 80 B.
Rumänische Anleihe	8	— — kl. 98¾ B.
Türkische Anleihe	5	50¾ G.
Ung.5%St.Eisenb.Anl.	5	74½ bz.B.

Badische 35 Fl.-Loose 39½ B.
Braunschw. Präm.-Anl. 22¾ G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose — —
Finnische 10 Thlr.-Loose 10 B.

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märk. Serie II.	4½	95¼ G.
do. III. v. St. 3½ g.	3½	82½ bz.G.
do. do. VI.	4½	98¾ bz.G.
do. Nordbahn	5	102½ bz.B.
Breslau-Freib. Litt. D.	4½	98⅛ bz.G.
do. do. G.	4½	98½ bz.G.
do. do. H.	4½	98½ bz.G.
Cöln-Minden ... III.	4	90½ G.
do. do. do.	4½	99⅞ bz.
do. do. IV.	4	91 B.
do. do. V.	4	90½ B.
Märkisch-Posener	5	101¾ B
Ndrschl.-Märkische	4	92⅝ bz.
do. do. III.	4	91½ G.
do. do. IV.	4½	— —
Ndrschl. Zwgb. Lit. C.	5	— —
do. do. D.	5	— —
Oberschles. A.	4	— —
do. B.	3½	82¼ G.
do. C.	4	— —
do. D.	4	91 B.
do. E.	3½	83 G.
do. F.	4½	98¾ bz.G.
do. G.	4½	99¼ B
do. H.	4½	99¼ B.
do.	5	102 B
do. Brieg-Neisse	4½	98 bz.
Cosel-Oderb. (Wilh.)	4	— —
do. do. III.	4½	— —
do. do. IV.	4½	—
do. do.	5	102 B.
Ostpreuss. Südbahn	5	102 B.
Rechte-Oder-Ufer-B.	5	102⅜ B.
Schlesw. Eisenbahn	4½	97 bzG.
Stargard-Posen III. Em.	4½	98¼ G.
Lemberg-Czernowitz	5	67 bz.
do. do. II.	5	76 bz.
do. do. III.	5	68 B.
Gal. Carl-Ludw.-Bahn.	5	91¼ B.
do. do. neue	5	88½ bz.
Kaschau-Oderberg	5	81⅜ bz.B.
Kronpr. Rudolph-Bhn.	5	82¾ B.
Mähr.-Schl. Centralbhn.	5	78½ bzB.
Oesterr.-Französische	3	294¾ G.
do. do. neue	3	285 bz.
do. südl. Staatsbhn.	3	246⅞ bz.
do. neue	3	246⅞ bz.
do. Obligationen	5	85⅝ G.
Chemnitz-Komotau	5	90 bz.
Prag-Dux	5	86⅜ bz.
Dux-Bodenbach	5	86 bzB.
Rockford Rock Island	7	28 bzG.
Ung. Nordostbahn	5	70 bz.
Ung. Ostbahn	5	62 G.
Warschau-Wien II.	5	86¼ bz.
do. III.	5	94 G.

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Divid. pro	1871	1872	Zf.	
Aachen-Mastricht	⅜	—	4	40⅝ bz
Berg.-Märkische	7½	6	4	111à10½ bz
Berlin-Anhalt	18⅔	17	4	185 bz B.
Berlin-Görlitz	0	3½	4	107⅞ B.
Berlin-Hamburg	10⅝	12	4	225 bz
Berl.-Potsd.-Magd.	18	8	4	135 a bz B.
Berlin-Stettin	11 5/12	12⅔	4	183¾ bz.
Böhm. Westbahn	5½	—	5	100 bz B.
Breslau-Freib.	8½	7½	4	114 bz B.
do. neue	—	—	5	105 B
Cöln-Minden	11½	—	4	150¼à49¾ b
do. do. neue	5	5	5	110 etb B.
Dux-Bodenbach B.	5	—	5	59⅞ bz
Gal. C.-Ludw.-B.	8⅛	—	4	99
Halle-Sorau-Guben	4	0	4	54⅝ bz G
Hannover-Altenb.	5	—	5	71¾ bz
Kaschau-Oderberg	5	5	5	72¼ bz
Kronpr.-Rudolfb.	5	5	5	71⅞ bz B.
Ludwigsh.-Bexb.	11⅜	11	4	193¼ bz
Märk.-Posener	0	0	4	50½ bz
Magdeb.-Halberst.	8⅜	—	4	132⅜ bz
Magdeb.-Leipzig	15	4	4	254¼ bz
do. Lit. B.	4	4	4	97¼ bz
Mainz-Ludwigshaf.	11	11 6/10	4	166¼ bz G
Ndrschl.-Märk.	4	4	4	95⅞ bz
Ndrschl.-Zweigb.	5	—	4	—
Oberschles. A. u. C.	13⅜	13¾	3½	180½ bz
do. B.	13⅜	13⅜	3½	155¾ G.
Oestr.-Fr.-St.-B.	12	12	5	196½a7bz
Oester.-Nordwestb.	5	5	5	125¾-4¾bG
Oestr. südl. St.-B.	4	4	5	111½a¼
Ostpreuss. Südb.	0	0	4	42¾ bz
Rechte O.-U.-Bahn	8	6	5	124⅝ bz
Reichenberg-Pard.	4 3/7	4½	4½	71 bz
Rheinische	10	—	4	143½a¼bz
Rhein-Nahe-Bahn	0	0	4	38 bz G.
Rumän. Eisenb.	5½	—	5	42⅝ bz G
Schweiz. Westbahn	2	—	4	45½ bz G.
Stargard-Posener	4½	4½	4½	99¼ G.
Thüringer	10⅜	9	4	137 bz
Warschau-Wien	12	—	5	82¾ B

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

Berlin-Görlitzer	5	5	5	104⅞ bz G.
Berlin Nordbahn	—	5	5	60⅞ bzG.
Breslau-Warschau	5	—	5	48 B.
Halle-Sorau-Guben	5	2½	5	72¼ bz G.
Hannover-Altenb.	5	—	5	85¾ bz G.
Kohlfurt-Falkenb.	2½	5	5	88 bz
Märk.-Posener	1½	0	5	74⅝ bzG
Magdeb.-Halberst.	3½	5	3½	83 bzG.
Ostpr. Südbahn	0	0	5	67¼ bzB.
Rechte O.-U.-Bahn	5	6	5	123¾ bzG.
Saal-Bahn	—	5	5	69⅞ bz

Bank- und Industrie-Papiere.

AngloDeutscheBk	—	7½	5	84 B.
Berliner Bank	15	14	4	100 bz
Berl. Bankverein	16	18	5	124½ bz G
Berl. Kassen-Ver.	12⅔	29 8/10	4	289 G.
Berlin. Hand.-Ges.	12⅔	—	4	141 bz
Berl. Lombard-Bk	5	11¼	5	60 G.
Berl. Makler-Bank	25½	11	4	91¼ bz G.
Berl. Prod.-Makl.-B.	—	8½	5	86¼ bz G
Berl. Wechslerbnk.	13½	0	4	46 bz B.
Braunschw. Bank	8½	8⅜	4	116 bzB.
Bresl. Disc.-Bank				
Friedenthal u. C.	13	10	4	86 bz B
Bresl. Handels-Ges.	—	9	4	—
Bresl. Maklerbank	—	30	4	109 bzB.
BreslMakl-Ver-Bk	4½	7	4	94 B.
BrProvWechslerB.	—	12	5	89 B.
Brsl. Wechslerbnk.	12	12	4	99¾ bzB.
Centr.-Bk. f. Genos.	12	14	4	115½ bz G.
CoburgerCred.-Bk.	10⅔	7¼	4	93 bz B
Danziger Priv.-Bk.	7	7	4	114½ B.
Darmst. Creditb.	15	15	4	172 bz B
Darmst. Zettelbank	8	7	4	105 bz G.
Dessauer	—	—	4	—
Deutsche Bank	8	8	4	96 bz G.
DeutscheUnionsbk	11⅔	9½	4	90 bz G.
Disc.-Com.-A.	24	—	4	235⅝ bz
Genfer Bank	—	—	4	3⅞ bz
Genossensch.-Bnk	10⅔	10⅔	4	135 bzB
do. junge	—	—	4	127⅞ bzG.
Gewb.Schusteru.C.	10⅔	10	4	105 bz G.
Goth.Grundcred.-B	9	9½	4	108 G.
Hamb. Nordd. Bk.	12 3/5	13⅛	4	162 B.
do. Vereins-Bk.	11⅛	13⅛	4	122⅛ G.
Hannover'sche do.	5 8/5	6 6/10	5	105¼ G.
do. Disconto-Bk.	—	5	4	76 bz
Hessische Bank.	—	6⅜	4	75 bz
Königsberger do.	11	8	5	78½ bz G.
Landw.-B.Kwileck	14	—	4	91 G.
Leipz. Credit-Bnk.	11	15	5	167¼ bz
Luxemburger do.	12	12	4	132¾ B.
Magdeburger do.	6 4/5	5¾	4	105¼ G.
Meininger do.	12	12	4	131½ bz
Moldauer Lds.-Bk.	6	—	4	64 B
Ndrschl.Cassenver.	12	15	4	115¾ B.
Nordd. Grundcr.-B	8	13¾	4	106 bz G.
Oberlausitzer Bnk.	10⅔	8 8/10	5	90¾ bz B.
Oest. Credit-Actien	17⅔	18¾	5	158½à7½ b
Ostdeutsche Bank	—	8	5	80½ bz
OstdProducten-Bk	—	8½	5	68 G
Posener Bank	6 4/5	6½	4	105¾ B.
Pos. ProvWechslb.	—	8	4	67 bz
Preuss. Bank-Act.	13 8/10	13⅔	4	186½ bzB.
Pr.Bod.-Cr.-Act.-B	14	—	5	114½ bz G.
Pr.Central-Bod.Cr	9⅔	9½	5	122⅛ bz
Pr. Credit-Anstalt	—	24	5	80 bzB.
Prov.-Wechsler-Bk	—	7½	4	86¾ B.
Sächs. B. 60% I. S.	10	12	4	146½ G.
Sächs. Cred.-Bank	11	13	4	100½ bz B
Schles. Bank-Ver.	13	14	4	139¼ bz B
Schl.Vereins-Bank	—	9	5	95½ bz G
Thüringer Bank	8	14	5	122⅛ G.
Ver.-Bk. Quistorp	15	19	4	149 bz G.
Weimar. Bank	7	8	4	112¼ G
WienerUnionbank	16½	5	5	87 bz
Berl.Eisenb.Bed.-A	10⅔	11½	5	165 bzG.
Görlitzer do.	0	0	5	64⅞ bz
Oberschles. do.	6	14	5	141 bzB.
Märk.Schl.Masch.-G	—	—	5	58⅞ bzG.
Nordd. Papierfabr.	8 1/12	8	5	94 bz
Westend,Comm-G.	15	17	5	155 bz G.
Baltischer Lloyd.	10	0	5	58½ B
Bresl. Bierbrauerei	7	—	5	68½ bz
do. verein.Oelfab.	—	—	5	—
Bresl.E-Wagenbau	7	7½	5	79½ B
Erdm. Spinnerei	—	9	5	77 bz
Hoffm's Wagg.Fab	—	6	5	65 B.
S. Act. Br. (Scholtz)	9	—	5	71¾ bz G
do. Porzellan	—	7	5	—
Schl. Leinenindust.	10	—	5	103¼ bzG.
Schl. Tuchfabrik	11	—	5	94 G.
do. Wagenb.Anst.	—	9	5	77½ B.
Donnersmarkhütt.	—	—	5	80 G
Königs- u. Laurah.	22⅔	—	5	224⅛ bz
Lauchhammer	7	—	5	106 bz G
Marienhütte	—	—	5	96 bz G
Minerva	—	—	5	22 bzG.
O.Schl Eisenwerke	—	11	5	76½ bz G
Redenhütte	—	10	5	95½ bz
Schl. Kohlenwerk	—	—	5	109 bz
Schles. Zinkh.-Act	6	8	5	102 bz
do. St.-Pr.-Act	6	8	5	103¾ bz
Tarnowitz. Bergb.	9	20	4½	273¾ bz
Hyp.Pfdb.d.Pr.Bod	—	—	5	97¾ bzG.
Pomm.Hyp.-Briefe	—	—	5	100⅜ bz
Goth.Präm.-Pfndb.	—	—	5	104¼ B.
MeiningerPrämPf.	—	—	5	91¾ G
Pr. Hyp.-Vers.-Act	13	16 4/5	4	121 bz G.
Schles. Feuervers.	20	17½	4	122 G.

Bank-Discont 6 pCt.
Lombard-Zinsfuss 7 pCt.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Paris, 10. Juni, Nachmittags 3 Uhr. [Schluß-Course.] 3proc. Rente 56, 80. Anleihe de 1871 89, 97½. Anleihe de 1872 91, 10. Ital. 5proc. Rente 63, 55. do. Tabaks-Actien 775, 00. Franzosen (gestplt.) 758, 75. do. neue —, —. Oesterr. Nordwestbahn —, —. Lomb. Eisenbahn-Actien 426, 25. do. Prioritäten 256, 00. Türken de 1865 54, 55. do. de 1869 322, 00. Türkenloose 165, 00. Goldagio —. Ruhig.

Paris, 10. Juni. 9 Uhr 50 Minuten. Geschäftslos. Boulevard 5proc. Anleihe 91, 17½.

London, 10. Juni, Nachmittags 4 Uhr. In die Bank flossen heute 225,000 Pfd. Sterl. Consols 92⅝. Italienische 5procentige Rente 62 5/16. Lombarden 16 9/16. 5procentige Russen de 1871 94⅝. 5procentige Russen de 1872 94¼. Silber —. Türk. Anleihe de 1865 53 7/16. 6proc. Türken de 1869 61 9/16. 9proc. Türken-Bonds 88½. 6proc. Verein. St. pro 1882 90⅞. Oesterr. Silberrente 66⅛. Oesterr. Papierrente 60⅞.

Wechselnotirungen: Berlin 6, 25½. Hamburg 3 Monat 20, 54. Frankfurt a. M. —. Wien 11, 50. Paris 25, 95. Petersburg 31⅞.

Frankfurt a. M., 10. Juni, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Lond. Wechsel 118⅛. Pariser do. 92¼. Wiener do. 104¾. Franzosen *) 343½. Hessische Ludwigsbahn 167. Böhmische Westbahn 223½. Lombarden*) 194. Galizier 230. Elisabetbahn 232. Nordwestbahn 218½. Oregon 26¼. Creditactien*) 277. Ruff. Bodencredit —. Russen 1872 92¾. Silberrente 65. Papierrente 60¾. 1860er Loose 91. 1864er Loose 164. Raab-Grazer 79¾. Amerikaner de 82 96. Darmst. Bank 428. Deutsch-österr. Bank 106. Prov.-Disconto-Gesellschaft 141¾. Brüsseler Bank 105¼. Berliner Bankverein 124½. Frankf. Bankverein 126. do. Wechslerbank 86. Nationalbank 1005. Meininger Bank 132½. Schiff'sche Bank —. Hahn Effectenbank 124¾. Continental 110⅝. Süddeutsche Immobilien-Gesellschaft 115¼. Hibernia 121.

Die heutige Börse befand sich auf die Meldung über die Zahlungseinstellung der Wiener Wechslerbank in gedrückter Stimmung; auf allen Gebieten wichen die Course, hauptsächlich Creditactien. Schluß wieder etwas besser.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 277½. Franzosen 344¼. Lombarden 194½.

*) per medio resp. per ultimo.

Frankfurt a. M., 10. Juni, Abends. [Effecten-Societät.] Amerikaner 96. Creditact. 275. 1860er Loose 91. Franzosen —. Lombard. 193 25, Staatsbahn 343, 50. Silberrente 64, 13. Elisabethb. 228, 50. Hahn'sche Effektenbank 124, 75. Meiningen 131, 50. Matt.

Dresden, 10. Juni, Nachm. 2 Uhr. Creditactien 157½. Lomb. 111⅝. Silberrente 65. Sächsische Creditbank 100. Sächsische Bank (alte) 146½. do. (junge) 138. Leipziger Credit 168. Dresdener Bank 93. Dresdener Wechslerbank 99¾. Dresdner Handelsbank 79. Sächsischer Bankverein 88½. Oesterr. Noten 90⅛. Lauchhammer —. Matt.

Hamburg, 10. Juni, Nachm. [Schluß-Course.] Hamb. Staats-Prior. A. 102. Oesterreichische Silber-Rente 64⅞. Credit-Actien 237. do. 1860er Loose 92½. Nordwestb. 470. Franzosen 737½. Raab-Grazer —. Lombarden 417½. Ital. Rente 60¼. Berg.-Märkische —. Cöln-Mindner —. Rh. Eisenbahn-St.-Actien —. Vereinsb. 122⅜. Laurahütte 224½. Commerzbank 104. Norddeutsche Bank 159. Provinzial-Disc.-Bank 140. Anglo-Deutsche Bank 84½. do. neue 86. Dän. Landmbk. 100. Dortmunder Union 150. Wien. Unionb. — —. 64er Ruff. Pr. A. — —. 66er Russ. Prior. A. — —. Amerikaner de 1882 91¼. Disconto 5½ %. Internationale Bank —. Oesterreich. Staatsbahn —. Still, Kreditactien matt.

Wechselnotirungen: London lang 19, 95 Br., 19, 89 Gd., London kurz 20, 28 Br., 20, 18 Gd., Amsterdam 165, 30 Br., 164, 50 Gd., Wien 176, 00 Br., 174, 00 Gd., Paris 78, 20 Br., 77, 80 Gd., Petersburger Wechsel 265, 00 Br., 263, 00 Gd., Frankfurt a. M. 169, 20 Br., 168, 40 Gd.

Hamburg, 10. Juni. [Getreidemarkt.] Weizen und Roggen loco fest, aber ruhig, auf Termine ruhig. Weizen pr. Juni 126pfd. pr. 1000 Kilo netto 257 Br., 256 Gd., pr. Juni-Juli pr. 1000 Kilo netto 255 Br., 254 Gd., pr. Juli-August pr. 1000 Kilo netto 254 Br., 252 Gd., pr. September-October 126pfd. pr. 1000 Kilo netto 246 Br., 245 Gd. Roggen pr. Juni 1000 Kilo netto 176 Br., 175 Gd., per Juni-Juli 1000 Kilo netto 174 Br., 173 Gd., pr. Juli-August 1000 Kilo netto 174 Br., 173 Gd., pr. Septbr.-Octbr. 1000 Kilo netto 171 Br., 170 Gd. Hafer und Gerste fest aber ruhig. Rüböl matt, loco 34, pr. Octbr. pr. 200 Pfd. 70. Spiritus sehr still, pr. Juni 100 Liter 100% 45½, pr. August-September und pr. Septbr.-Octbr. 47½. Kaffee matt, geringer Umsatz. Petroleum flau, Standard white loco 16, 10 Br., 16, 00 Gd., pr. Juni 16, 00 Gd., pr. August-December 16, 50 Gd. Wetter schön

Liverpool, 10. Juni. Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 10,000 Ballen. Fest. Tagesimport 14,000 B., davon 9000 B. amerikanische, 1000 B. ostindische.

Liverpool, 10. Juni. (Schluß-Bericht.) Umsatz 12,000 Ballen. Davon für Speculation und Export 3000 Ballen. Fest.

Middl. Orleans 9⅛, middl. amerikanische 8⅞, fair Dhollerah 6⅛, middl. fair Dhollerah 5⅜, good middl. Dhollerah 4⅞, middling Dhollerah 4, fair Bengal 4, fair Broach 6¼, new fair Domra 6 5/16, good fair Domra 6 13/16, fair Madras 6¼, fair Pernam 9⅜, fair Smyrna 7, fair Egyptian 9½.

Manchester, 10. Juni, Nachm. 12r Water Armitage 9½, 12r Water Taylor 11½, 20r Water Micholls 13, 30r Water Gidlow 14½, 30r Water Clayton 15¼, 40r Mule Mayoll 13½, 40r Medio Wilkinson 15¼, 36r Warpcops Qualität Rowland 14¾, 40r Double Weston 15½, 60r Double Weston 18½, Printers 16/16 34/50 8½pfd. 132. Mäßiges Geschäft, Preise gut behauptet.

Petersburg, 10. Juni, Nachm. 5 Uhr. [Schluß-Course.] Wechselcours auf London 3 Monat 32 11/32. do. auf Hamburg 3 Monat 272⅞, do. auf Amsterdam 3 Monat 163, do. auf Paris 3 Monat 343⅛, 1864er Prämien-Anleihe (gestpl.) 157½, 1866er Prämien-Anleihe (gestplt.) 154½. Imperials 6, 14, Große Russische Eisenbahn 138¾, Internat. B. I. Emiss. —, do. II. Emiss. —, —.

Petersburg, 10. Juni, Nachm. 5 Uhr. [Productenmarkt.] Talg loco 47, pr. August 49. Weizen Juni 14¾. pr. August 14¾. Roggen loco 7, 70, pr. Juni 7, 60. Hafer pr. Juni-Juli 4, 25, Hanf loco 38½. Leinsaat (9 Pud) pr. Juni 14¼, pr. August 14¼. Wetter: Kühl.

Königsberg, 10. Juni, Nachmittags. [Getreidemarkt.] Weizen fest, Roggen Schluß ermattend, loco und pr. Juni 121/122pfd. 2000 Pfd. Zollgew. 51⅙, pr. Juli-August 53⅓, pr. September-Octbr. 51⅔ Thlr. Gerste begehrt. Hafer sehr fest, loco pr. 2000 Pfd. Zollgew. 49⅓, pr. Septbr.-Octbr. 41⅓ Thlr. Weiße Erbsen pr. 2000 Pfd. Zollgewicht 46 Thlr. Spiritus pr. 100 Liter 100% loco und pr. Juni-Juli 19, pr. August 19½ Thlr. — Wetter: Trübe.

Danzig, 10. Juni, Nachm. 2 Uhr. [Getreidemarkt.] Weizen theurer, bunter pro 2000 Pfd. Zollgew. 89, hellbunter 90, hochbunter und glasig 90—92, 126pfd. per Juni 89 Thlr., per Juni-Juli 89½ Thlr. Roggen fest, 120pfd. loco pr. 2000 Pfd. Zollgew. inländ. 55—56, 120pfd. pr. Juni 55, pr. Juni-Juli 55 Thlr. Kleine Gerste pr. 2000 Pfd. Zollgewicht 55—57, große Gerste pr. 2000 Pfd. Zollgew. 58½ Thlr. Weiße Koch-Erbsen pr. 2000 Pfd. Zollgew. loco 47—48, do. Futter-Erbsen pr. 2000 Pfd. Zollgew. 45½ Thlr. — Hafer pr. 2000 Pfd. Zollgewicht loco 53—56 Thaler. — Spiritus 100 Liter 100 pCt. loco 18½ Thlr. — Wetter: Regen.

Köln, 10. Juni, Nachm. 1 Uhr. [Getreidemarkt.] Wetter: schön. Weizen niedriger, hiesiger loco 9, 22½, fremder loco 9, 15, pr. Juli 8, 24½, pr. November 8, 6. — Roggen matt, loco 6, 20, pr. Juli 5, 21½, pr. Novbr. 5, 23. — Rüböl niedriger, loco 11 9/10, pr. October 12 3/20. — Leinöl loco 12½.

Liverpool, 10. Juni, Nachmittags. [Getreidemarkt.] Weizen 1 D. niedriger, Mehl unverändert. — Mais 3 D. niedriger.

Amsterdam, 10. Juni, Nachm. 4 Uhr 30 Minuten. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen pr. October 363, pr. November 360. — Roggen pr. October 207½.

Bremen, 10. Juni. Petroleum flau, Standard white loco 15 Mark 75 Pf.

Verantwortlicher Redacteur Dr. Stein.

Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.